

Wortprotokoll

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien

Sitzungsdatum: 13. Januar 2017
Sitzungsort: Hamburg, im Rathaus, Raum 151
Sitzungsdauer: 17:05 Uhr bis 19:38 Uhr
Vorsitz: Abg. David Erkalp (CDU)
Schriftführung: Abg. Dr. Joachim Seeler (SPD)
Sachbearbeitung: Frauke Bai

Tagesordnung:

1. Drs. 21/7293 Sechster Medienänderungsstaatsvertrag HSH
(Gesetzentwurf Senat)
2. Drs. 21/6700 Bericht über die Haushaltsentwicklung sowie über die Entwicklung der Hamburger Steuererträge und Schulden jeweils zum 3. Quartal 2016
(Bericht Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien sowie weitere Ausschüsse sind mitberatend. -
3. Drs. 21/6701 Behörde für Wirtschaft Verkehr und Innovation, Haushaltsplan 2015/2016, Einzelplan 7 - Entscheidungsvorschläge zu erheblichen Abweichungen von Kennzahlenwerten gemäß § 10 Absatz 3 Landeshaushaltsordnung (LHO)
(Antrag Senat)
- Der Haushaltsausschuss ist federführend, der Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien ist mitberatend. -

4. HPA next: Umstrukturierung der Hafenverwaltung
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

5. Verlauf der Gerichtsverhandlung zur Fahrrinnenanpassung
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft)

6. Verschiedenes

Anwesende:

I. Ausschussmitglieder

Abg. Dr. Bernd Baumann (AfD)
Abg. David Erkalp (CDU)
Abg. Birte Gutzki-Heitmann (SPD)
Abg. Stephan Jersch (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Michael Kruse (FDP)
Abg. Dorothee Martin (SPD)
Abg. Arno Münster (SPD)
Abg. Hansjörg Schmidt (SPD)
Abg. Karl Schwinke (SPD)
Abg. Dr. Joachim Seeler (SPD)
Abg. Dr. Anjes Tjarks (GRÜNE)

II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter

Abg. Norbert Hackbusch (Fraktion DIE LINKE)
Abg. Prof. Dr. Jörn Kruse (AfD)
Abg. Ralf Niedmers (CDU)
Abg. Carsten Ovens (CDU)
Abg. Hauke Wagner (SPD)

III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter

Senatskanzlei

Staatsrat Dr. Carsten Brosda
RR Peter Husmann

Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation

Senator Frank Horch
Staatsrat Dr. Rolf Bösingher
RD Olaf Beber
RA Maren Neetz
RD'in Dr. Wibke Mellwig
LRD Stephan Möller-Horns
LRD Dr. Torsten Sevecke
LRD Martin Köppen
LRD Dr. Hans Aschermann
Geschäftsführer HPA Jens Meier

IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Frauke Bai

V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

Bis zu 20 Personen.

Zu TOP 1

Keine Niederschrift; siehe Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien an die Bürgerschaft.

Zu TOP 2 - 3

Keine Niederschrift; siehe Stellungnahmen des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation und Medien an den federführenden Haushaltsausschuss.

Zu TOP 4

Vorsitzender: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4. Bitte Herr Kruse.

Abg. Michael Kruse: Ich würde gerne - also die eine Selbstbefassung haben wir offen gelassen, die zweite wollten wir heute beschließen -, vorbehaltlich des Beschlusses für die Punkte 4 und 5 ein Wortprotokoll beantragen.

Vorsitzender: Was spricht dagegen? Der Kollege Kruse wünscht für die Punkte 4 und 5 ein Wortprotokoll. Gibt es Stimmen, die dagegen sind? Das sieht nicht danach aus, dann machen wir es so.

Vorsitzender: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 4, wie gesagt: HPA next: Umstrukturierung der Hafenverwaltung. Das ist eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Wer wünscht das Wort?

Senator Frank Horch: Es ist ja eine Selbstbefassung, aber wenn mir das Wort kurz gegeben wird, dann will ich gerne zu diesem wichtigen Thema einige Worte der Einleitung machen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Der Aufsichtsrat der HPA hat im Dezember 2016 beschlossen, die Hamburg Port Authority organisatorisch umzustrukturieren, um eben den gestellten zukünftigen Anforderungen noch besser begegnen zu können. Das Organisationsmodell für die Weiterentwicklung der Struktur trägt den Namen – den haben wir im letzten Jahr schon einmal ausgesprochen – HPA next. Das ist nicht so ganz elegant, aber wenn man etwas Zukunftsweisendes sagt, dann fällt einem für den Moment nichts unbedingt Besseres ein. Die Hintergründe aber, und darum geht es, und Planungen sind schon in den letzten Ausschusssitzungen Ihnen vorgestellt worden und ich darf Ihnen sagen, ich habe persönlich ein großes Interesse, dass das EU-Prüfverfahren zur HPA zeitnah zum Abschluss gebracht wird. Alle, die länger in diesem Gremium hier sitzen und eben auch Verantwortung für den Hafen und die HPA tragen, wissen, dass wir uns über die letzten Jahre mit verschiedenen EU-Gesetzen beschäftigen mussten von Port Package I und Port Package II und jetzt Port Package III. Und es ist viel drüber geredet worden und viele Dinge sind auch auf der Strecke geblieben, vieles war auch unsinnig und entsprach nicht den Aktivitäten und der Wirtschaftlichkeit und der Wettbewerbssituation im Hafen, aber wir müssen uns hier aufgrund der eingetretenen Situation und dieser Prüfverfahren, die die EU vorgegeben hat, schon sehr ernsthaft widmen.

Wir haben jetzt noch keine finalen Ergebnisse vorliegen, aber ich kann sagen, dass wir auch in der intensiven Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, was eben dieses Thema

angeht, und auch mit dem Bund uns auf einem guten Weg befinden. Und die bisherigen Kontakte und intensiven Gespräche mit der EU, mit der Kommission, haben uns auch viele Hinweise gegeben, damit wir eben auch in unseren Entscheidungen für das, was wir auf den Weg bringen müssen, uns auf dem richtigen Weg befinden.

Die insgesamt positive Nachricht ist, dass sich momentan schon abzeichnet, dass die Kommission dem grundsätzlichen Umfang der Haushaltsfinanzierung der HPA und auch unseren Entscheidungen für den mittelfristigen Plan 2017/2018 nicht infrage stellt und eben auch akzeptiert. Dennoch ist der Bedarf an Anpassung der Struktur, was die letzten Vorstellungen der EU angeht, noch weiter erforderlich, hier eine entsprechende Konformität herzustellen. Und die Kommission, das ist der entscheidende Punkt, betrachtet mittlerweile jede öffentliche Finanzierung von wirtschaftlich genutzten Infrastrukturen grundsätzlich als Beihilfebestand. Und das ist eben eine wichtige Voraussetzung, die wir in der Breite unserer wirtschaftlichen Aktivitäten im Hafen auch berücksichtigen müssen.

Die Kommission hat weiterhin deutlich signalisiert, dass sie erwartet, dass eben auch die sogenannte Rechnungslegung und die Organisation der HPA noch transparenter dargestellt wird zwischen eben den von mir eben schon angesprochenen Bereichen wirtschaftlich und nicht wirtschaftlichen Aufgaben der HPA. Und dieses jetzt sehr deutlich gewordene Signal der Kommission haben wir aufgegriffen und auch in unsere zukünftige HPA-Struktur aufgenommen.

Meine Damen und Herren, neben der Erhöhung der finanziellen Transparenz ist damit auch ein weiteres Ziel vor Augen für uns, wir wollen die Synergiepotenziale im Hafen heben und wir wollen in der Gesamtheit die Effizienz aufgrund der umfassenden Aufgabenstellung, die die HPA im Hafen vorzunehmen hat, weiter steigern. Das muss auch unser gemeinsames Interesse sein, denn der Hafen ist mit um die 200 Millionen Euro einer der größten Investitionen für die Wirtschaft und auch für die Stadt Hamburg und deshalb ist auch hier in allen Belangen neben den Taten eine Effizienz der Wirtschaftlichkeit unverzichtbar.

An dieser Stelle möchte ich hervorheben, dass es mit all diesen Maßnahmen der Organisation keine betriebsbedingten Kündigungen geben wird. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der HPA brauchen sich hier um ihren Arbeitsplatz – und ich möchte fast sagen, es kann eher in umgekehrte Richtung gehen – keine Sorgen machen. Außerdem ist eben auch der Personalrat in all diesen Entscheidungsphasen, was den Prozess angeht, intensiv mit einbezogen worden. Und Sie können damit erkennen, meine Damen und Herren, das Verfahren ist, wenn man sich auch in der Tiefe damit auseinandersetzt, das darf man nicht nur oberflächlich betrachten, sehr komplex und wir sind auch, wie ich am Anfang gesagt habe, noch nicht ganz am Abschluss, auch in der Zuordnung wirtschaftlich/unwirtschaftliche Dinge wie Hafenterrain und so bestimmte Bereiche, die da noch in der Tiefe weiter behandelt werden müssen.

Ich darf hier aufgrund der Wichtigkeit dieser organisatorischen Änderung weiterhin um Ihre Unterstützung bitten, was eben auch für eine gute Durchführung der Arbeiten unbedingt wichtig ist und dass wir mit unseren Zielen HPA next auch zu guten Ergebnissen führen. Denn dies liegt dann eben auch nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im Interesse des Hafens und all seiner Nutzer, die auch gegenwärtig vor schwierigen Aufgaben stehen. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Wer wünscht das Wort? – Ach so, Entschuldigung. Herr Kruse und danach Herr Hackbusch.

Abg. Michael Kruse: Herr Senator, vielen Dank für die Erläuterungen. Ich möchte die Gelegenheit ganz kurz nutzen, um Ihnen und auch den Mitarbeitern Ihres Hauses ein gutes Jahr 2017 zu wünschen. Und ich würde zu HPA next gern nachfragen, weil es ja in diesem Zusammenhang ... und Sie sagten eben, es würde keine Kündigungen geben oder keine be-

triebsbedingten Kündigungen. Tatsächlich hat es ja schon eine Kündigung gegeben, die Sie ja auch in der Schriftlichen Kleinen Anfrage von mir, Drucksache 21/7362, in diesem thematischen Kontext einsortiert haben. Das heißt, es ist die Entlassung von ... beziehungsweise Vertragsaufhebung mit Herrn Wolfgang Hurtienne. Da schreiben Sie in dieser Antwort, dass die personelle Veränderung in der Geschäftsführung zusammenhänge mit der im Aufsichtsrat am 15. Dezember 2016 im Grundsatz beschlossenen organisatorischen Umstrukturierung der HPA. Nun haben wir ja eben von Ihnen gehört, dass das Projekt noch ganz in den Kinderschuhen steckt. Wir haben ja vor eineinhalb Monaten eine Befassung dazu gehabt. Ich habe jetzt noch nicht entnehmen können, welche weiteren Entwicklungen das Projekt eigentlich seitdem hatte. Vielleicht können Sie darauf noch einmal eingehen, welche weiteren Entwicklungen es da eigentlich gab.

Und dann würde ich natürlich gern wissen, wie ist denn dieser in der eben zitierten Kleinen Anfrage genannte Zusammenhang zwischen dem Projekt HPA next und der Tatsache, dass man einen Geschäftsführer ... den Vertrag vorzeitig beendet. Wie hängt das zusammen? Denn das erläutern Sie hier nicht und, ehrlich gesagt, aus der Tatsache, dass ein Projekt noch in den Kinderschuhen steckt und noch gar nicht umgesetzt ist, daraus erschließt es sich überhaupt nicht. Ich verstehe ja, wenn ein Projekt abgeschlossen ist, dass man dann sagt, okay, ein Projekt ist zu Ende und dann kann man sich ja auch einmal personell neu sortieren. Wie hier der Zusammenhang sein soll, das erschließt sich mir weder aus all dem, was wir jetzt öffentlich erfahren haben, noch dem, wie Sie diese Anfrage beantworten. Das wäre meine erste Frage.

Vorsitzender: Herr Senator bitte.

Senator Frank Horch: Ich habe eben versucht, die grundsätzliche Komplexität und die Ziele, die wir unter dem Begriff HPA next organisatorisch und Transparenz und Effizienz darzustellen, gesagt, das sind umfassende Zusammenhänge, die man erkennen muss.

Bezüglich der organisatorischen Änderungen, die wir gern erfolgreich umsetzen, ist die Tatsache, dass der Vertrag von Herrn Hurtienne Mitte Juni 2017, also in diesem Jahr, ausläuft. Das ist ein normales Vertragsende und eben auch sein Pensionsalter beginnt als Beamter im Jahr 2018.

Und wir haben in den Zielen und vor allen Dingen auch in den wichtigen personellen Entscheidungen für die Zukunft, und dies auch in langfristiger Betrachtung, um hier den Aufgaben für die Zukunft gerecht zu werden, im Aufsichtsrat der HPA uns einvernehmlich darauf verständigt, dass eben Herr Hurtienne – und auch einvernehmlich mit ihm – seine Geschäftsführertätigkeit bei der HPA und der CGH, der Cruise Gate Hamburg, niederlegt und somit ... weil alle Voraussetzungen für einen Ruhestand, für einen Eintritt in den Ruhestand, gegeben sind. Und diese Entscheidung ist alleine mit den Zielen, dass wir hier eben organisatorisch an den wichtigen Stellen für die Zukunft aufgestellt sind.

Es geht ja nicht um die Gegenwart, und ich werde auch noch einiges dazu sagen, was die Verdienste von Herrn Hurtienne sind. Die sind ja nicht unwesentlich in der Entwicklung des Hamburger Hafens. Aber hier geht es eben vornehmlich um die zukünftige Organisationsform und auch die Aufgaben, die innerhalb der HPA auf den Weg zu bringen sind. Ich habe die Umstrukturierung erläutert, ich habe die beihilferechtlichen Dinge genannt, die alle mit dazu geführt haben, hier eben tatsächlich zu reorganisieren. Und dazu ist es dann eben auch erforderlich, zu einer gewissen Zäsur in der Geschäftsführung zu kommen. Und man kann so einen Wechsel auch nicht von einem Tag zum anderen, sondern bedarf da einer entsprechenden Vorlaufzeit, gerade in der Komplexität der Aufgabenstellung, die innerhalb der HPA durchzuführen sind.

Wir haben mit Herrn Hurtienne, was die HPA angeht und den Hamburger Hafen betrifft, einen ausgewiesenen Hafenfachmann. Das steht ja völlig außer Zweifel. Er hat seit über 34 Jahren hier die Hafenentwicklung in Hamburg und die Geschichte, ja auch gerade, was die wirtschaftlichen Gegebenheiten angeht, maßgeblich auf den Weg gebracht. Ich will nicht alle Dinge aufzählen. Das ist einmal die Hafenerweiterung in Altenwerder, das sind diverse Verkehrsprojekte rund um den Hafen auf allen Verkehrsträgern und nicht zuletzt auch gerade das umfassende Werk, der Hafenentwicklungsplan, aus dem Jahre 2012/2013, den ich auch heute immer noch wieder als die maßgebliche Grundlage für die weitere Hafenentwicklung und der Ist-Situation, die wir heute haben, und aus diesem Ist eben auch aufgrund weiterer Marktbeobachtung die richtigen Entscheidungen für die Zukunft zu treffen.

Das soll jetzt mit weiteren Ausführungen keine Lobhuldigung von Herrn Hurtienne alleine sein, aber Herr Hurtienne ist ein international geschätzter Mann, was wir auch nie infrage stellen. Und auch seine internationalen Verantwortlichkeiten in der International Association of Ports and Harbours, da hat er uns immer exzellent vertreten, mit Lehrtätigkeiten an der Universität Braunschweig. Also von der Seite her ergibt es diesbezüglich an der Person, an der fachlichen Qualifikation von Herrn Hurtienne überhaupt gar keine Zweifel zu erheben.

Der Senat und der Aufsichtsrat sind damit eben auch Herrn Hurtienne zu Dank verpflichtet. Aber mit dem, was ich am Anfang zur Organisation der HPA und mit dieser wichtigen Personalie für die Zukunft und Personalien, es hat ja auch noch in weiteren Organisationsfragen entscheidende Dinge zu geben, das ist der Hintergrund und das haben wir auch ausführlich mit Herrn Hurtienne besprochen. Jetzt kann man auch ein bisschen, ich sage einmal, sentimentale Dinge, dass hier bestimmte Dinge das Licht der Öffentlichkeit ein oder zwei Tage vor Weihnachten erreicht haben, darüber kann man trefflich streiten, aber gewisse Dinge kommen an die Öffentlichkeit, war nicht so gewünscht, wir wollten es eigentlich jetzt mit Beginn des neuen Jahres auf den Weg bringen, aber manchmal geht es anders. Ändert aber nichts an der Tatsache, mit welchem Hintergrund wir hier letztendlich diese personelle Entscheidung gemeinsam mit allen Beteiligten auf den Weg gebracht haben.

Vorsitzender: Eine Nachfrage von Herrn Kruse.

Abg. Michael Kruse: Ja, Herr Horch, das ist ja jetzt noch überraschender als die Ankündigung vor oder kurz nach Weihnachten, am 27. Dezember 2016 wurde es ja, glaube ich, öffentlich, ist ja noch überraschender der Umstand, dass Sie jetzt sagen, der Vertrag laufe aus, und zwar also dann bis zum 30. Juni 2017, sagten Sie eben. Nach meinem Kenntnisstand läuft sein Vertrag bis zum 30. Juli 2017. Aber das ist gar nicht die Frage, sondern, Sie haben ja selbst als Senat am 6. Januar 2017 auf meine Anfrage geantwortet, dass eine Vertragsauflösung des Vertrags zum 15. Januar 2017 vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung des Aufsichtsrats – dem sitzen Sie ja vor, insofern denke ich, Sie könnten das herbeiführen – vorgesehen sei.

Das heißt, was hat sich denn zwischen dem 6. Januar 2017 und heute für ein neuer Sachstand ergeben, dass das hier nicht mehr der aktuelle Stand ist, Sie den Vertrag nicht mehr zum 15. Januar 2017 auflösen möchten, sondern jetzt laufen lassen bis zum 30. Juni 2017 beziehungsweise Juli 2017, da ist, glaube ich, nur eine Unschärfe, aber was hat sich seitdem für ein unterschiedlicher Sachstand ergeben? Das ist die erste Frage.

Und die zweite Nachfrage auch dazu. Was konkret hat Sie dazu bewogen zu sagen, Sie haben keinen Nachfolger, Sie lassen den Vertrag jetzt laufen, Sie entbinden ihn aber offensichtlich ja von seinen Tätigkeiten, was hat Sie dazu bewogen zu sagen, eine Institution, die zwei Geschäftsführer hat, haben soll, und laut Ihrer Auskunft vom 6. Januar 2017 auch weiterhin haben soll, diese Geschäftsführung jetzt nur noch mit einer Person für das erste halbe Jahr zu bestücken? Denn wenn ich richtig informiert bin, ist Herr Hurtienne ja heute HPA-

intern verabschiedet worden. Insofern, er wird ja nicht bis zum Vertragsende weiterarbeiten. Was konkret hat Sie zu diesem Schritt bewogen? Das ist jetzt wieder aus dem, was Sie eingangs sagten, aus dem, was Sie jetzt auf die Nachfrage eben sagten, deutlich geworden. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kruse. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Herr Bösing.

Staatsrat Dr. Rolf Bösing: Herr Vorsitzender, wenn ich darf, vielleicht eine Sache zur Klarstellung. Der Senator ist zum einen darauf eingegangen, dass der Vertrag, den Herr Hurtienne hatte, Mitte dieses Jahres ausgelaufen wäre. In der Anfrage ist es der 31. Juli 2017, das ist in der Sache richtig. Sie haben gefragt, was hat sich seit dem 6. Januar 2017 verändert. Wir haben in der Kleinen Anfrage ja geschrieben, vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrats. Diese Zustimmung ist erfolgt. Das heißt, der Vertrag wird zum 15. Januar 2017 aufgelöst. Das ist die Änderung, die sich ergeben hat.

(Zuruf)

– Doch, wir haben ... Hier steht ja drin: Vorgesehen ist eine Auflösung des Vertrags zum 15. Januar 2017, vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung des Aufsichtsrats. Das haben wir in der Schriftlichen Kleinen Anfrage beantwortet. Der Aufsichtsrat hat mittlerweile zugestimmt, der Vertrag wird zum 15. Januar 2017 aufgelöst.

Sie fragten dann, so sehe ich das, wie das weitere Procedere ist. Das haben wir auch in der Schriftlichen Kleinen Anfrage genauso auch beantwortet. Wir werden jetzt ein Verfahren in Gang setzen, um eine Nachfolge für Herrn Hurtienne zu bestimmen und insofern so schnell wie möglich diese Position des Geschäftsführers zu besetzen. Bis dahin übernimmt Herr Meier kommissarisch beide oder die Aufgabe von Herrn Hurtienne.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Staatsrat. Herr Hackbusch, Sie sind dran. Bitte sehr.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank, Herr Senator und Herr Bösing. Ich muss sagen, ich bin über Ihre Antworten erstaunt, und ich finde sie auch zugegebenermaßen höchst unglaubwürdig. Sie haben etwas gemacht, was wir praktisch in den letzten Tagen verfolgen konnten, und zwar ja auch, wenn ich das aus einem Schreiben der Geschäftsleitung der HPA richtig nachvollziehen konnte, war es so, dass die Geschäftsleitung darauf hingewiesen hat, dass es allein eine Entscheidung des Aufsichtsrats war, diesen Geschäftsführer praktisch vorzeitig zum 15. Januar 2017 von seinen Aufgaben zu entbinden. Das ist eine Tätigkeit, die nicht häufig in dieser Stadt stattfindet, sondern eine besondere Situation ist, einen Geschäftsführer von einem öffentlichen Unternehmen praktisch vorzeitig zu entlassen, ganz egal, wie jetzt die genauen Ansprüche als Beamter sind, und dafür brauchen wir in dieser Stadt eine Erklärung, warum das gemacht wird. Und Sie haben uns eben keine einzige Erklärung gegeben, keine einzige.

Sie haben gesagt, das hat irgendetwas mit next zu tun. Dann haben Sie aber ausgeführt, dass next in der Umsetzung irgendwann im nächsten Jahr stattfinden wird. Sie haben im Zusammenhang mit next nichts anderes ausgeführt, als Sie uns vor anderthalb Monaten hier dargestellt haben im Ausschuss, wie die Situation ist und was man dort alles mit zu berücksichtigen hat. Sie haben keinen Hinweis im Zusammenhang mit der Person gegeben oder was an Aufgaben dort neu zu organisieren wäre oder warum Herr Hurtienne praktisch für diese Aufgaben ja eigentlich ein Hindernis ist, wenn er noch weiterhin da ist, weil, nichts anderes bedeutet das ja, dieser Schritt, den Sie dort gemacht haben.

Und damit schädigen Sie das Ansehen der HPA, und das ist Ihre Aktivität, und damit schädigen Sie auch in gewisser Weise das Ansehen von Herrn Hurtienne. Und das ist anders, als

Sie das häufig in der Öffentlichkeit darstellen, dass es die öffentliche Diskussion wäre, das ist Ihre Tätigkeit, die dort schädigt. Weil, wir möchten das gern wissen. Es kann ja durchaus ... Wir haben als Opposition oft genug Kritikpunkte an der HPA gehabt, das ist ja gar nicht die Frage. Aber das, was Sie jetzt machen, jemanden zu entlassen, ohne irgendwie zu sagen, warum, das ist ja irgendwie eine Art und Weise, mit der ich finde, kann man damit normalerweise ein öffentliches Unternehmen nicht führen.

Und Herr Horch, Sie haben persönlich die Verantwortung dafür. Ich habe das ja noch einmal genau gelesen, was praktisch die Geschäftsleitung den Beschäftigten von HPA, ich glaube, vor drei Tagen oder so, gegeben hat, da wurde noch einmal genau darauf hingewiesen, dass es keine HPA-Entscheidung war, sondern die des Aufsichtsratsvorsitzenden. Und deswegen bitte ich Sie, und zwar in Interesse der Freien und Hansestadt Hamburg, Ihnen zu sagen, warum Sie zu dieser außergewöhnlichen Maßnahme gekommen sind. Weil, nur dann können Sie wieder Glaubwürdigkeit herstellen, weil, jetzt haben Sie keine einzige Begründung gegeben. Ich könnte Sie noch nicht einmal kritisieren, dass es falsche Begründungen sind, ich könnte mit Ihnen noch nicht einmal diskutieren, ob HPA etwas falsch gemacht hat oder Ähnliches, sondern Sie haben praktisch nichts gemacht. Und das geht gar nicht. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Hackbusch. Das war, soweit ich weiß, jetzt keine Frage. Das war einfach ein Statement. Gut.

(Abg. Norbert Hackbusch: Nein, aber ich finde, dass der Senat darauf antworten soll!)

Dann geben Sie es einfach einmal so weiter. Worauf er jetzt antworten soll, weiß ich ... aber ... Gut.

Senator Frank Horch: Von der Seite, was die Begründung angeht, ich glaube, mit meiner ersten Ausführung zu HPA next mit den Herausforderungen, die vor uns liegen, mit den umfassenden organisatorischen Änderungen und zu den umfassenden Maßnahmen und auch mit der Verantwortung, die wir haben, und auch Entscheidungen, die ein Aufsichtsrat zu treffen hat, ist, glaube ich, von meiner Seite alles gesagt worden. Und hier ist eben für das, was wir in Zukunft unter dem Gesagten auf den Weg bringen müssen, und der Tatsache der vertraglichen Situation und dem Ausscheiden von Herrn Hurtienne müssen wir uns eben auf den Weg machen, wir müssen uns jetzt eben auch über eine Findungskommission bemühen, eben tatsächlich eine entsprechende Besetzung möglichst schnell wieder herbeizuführen. Und in diesem Prozess und, auch immer wieder betont, bezüglich der Ziele, die wir haben, ist das eben eine Notwendigkeit, und dann eben mit dem Hintergrund auch der Einvernehmlichkeit mit Herrn Hurtienne, mit allen Beteiligten, was eben auch den Aufsichtsrat angeht, und von der Seite her, muss ich sagen, ist hier schon eine klare Begründung und auch ein Vorgehen auf den Weg gebracht, das für die Zukunft der HPA von großer Wichtigkeit ist.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator.

(Abg. Norbert Hackbusch: Ich habe eine kleine Nachfrage!)

... wollen Sie nachfragen. Dann bitte sehr.

Abg. Norbert Hackbusch: Herr Senator, Sie wissen alle, wie wir auch, wie das mit einvernehmlichen Regelungen ist. Ich arbeite in einem großen Unternehmen, da gibt es häufig solche einvernehmlichen Regelungen. Und Sie wissen auch, wie so etwas formuliert wird. Das sagt dazu nicht viel aus.

Meine konkrete Frage ist einfach, welcher konkrete, kleine Vorteil für die HPA oder für die Stadt hat es, dass Herr Hurtienne jetzt nicht mehr da ist. Da müssen Sie doch einen Punkt sagen können. Welchen konkreten Vorteil?

Vorsitzender: Herr Senator bitte.

Senator Frank Horch: Die Tatsache ist darin zu sehen, dass Herr Hurtienne nur noch einen begrenzten Zeitraum tatsächlich im Amt gewesen wäre, wie auch immer, und um eben dieser Tatsache entsprechend vorzubeugen und die Voraussetzungen zu schaffen, ist hier jetzt auf dem Weg der Einvernehmlichkeit ein Weg eingeschlagen worden, um hier mit den Herausforderungen, die wir haben, rechtzeitig zu reagieren. Und ich glaube, das ist mit Blick auf beide Richtungen, auf die Person wie auch die Organisation, eine richtige Vorgehensweise, um eben die Handlungsfähigkeit der HPA für die Zukunft entsprechend vorzubereiten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Ich habe jetzt auf meiner Liste Herrn Niedmers und Herrn Kruse. Herr Niedmers bitte.

Abg. Ralf Niedmers: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe zwei Fragenkomplexe, fangen wir einmal mit dem ersten an. In der Hamburger Medienlandschaft war ja mehr oder weniger nachzulesen, -zuhören, dass entscheidender Grund für die Vertragsbeendigung mit Herrn Hurtienne gewesen sein soll, dass er diese Vereinbarung mit dem Teil der Umweltbehörde geschlossen hat, nicht zu baggern während der Sommermonate. Ist diese Aussage, die in den Hamburger Medien so veröffentlicht wurde, zutreffend? Können Sie dazu etwas sagen, Herr Senator?

Vorsitzender: Herr Senator bitte.

Senator Frank Horch: Mit dem, was diesbezüglich in den Medien stand, auch der genannte Hintergrund, dazu habe ich nichts zu sagen, weil es eben auch in keinem Zusammenhang ist mit dem Hintergrund, den wir hier entschieden haben.

Abg. Ralf Niedmers: Dann möchte ich für die CDU-Fraktion ja als bemerkenswert feststellen, dass, während Sie uns am 24. November 2016 noch eine einzige Folie zur Verfügung gestellt haben, also dem Ausschuss, um sich inhaltlich mit der Frage HPA next auseinandersetzen zu können, ich habe ja damals auch kritisiert, dass diese eine Folie doch nicht das Entscheidende sein kann, weil wir ja in Wahrheit auch gar nichts über die Organisationsstrukturreform dort entnehmen konnten, haben Sie uns ja heute irgendwie gar keine Folie vorgestellt. Sie haben wahrscheinlich auch kein Handout dabei oder irgendeinen aggregierten Zustand von Daten, Informationen, die man dem Ausschuss, den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen könnte, damit diese sich dann auch in der Sache weiter damit befassen können. Ich gehe davon aus, das haben Sie uns alles nicht mitgebracht. Vielleicht haben Sie ja aber auch gar kein Interesse, das den Abgeordneten zur Verfügung zu stellen. Mich würde es sehr interessieren, die CDU-Fraktion insbesondere auch.

Und vielleicht gehen Sie darauf gleich noch einmal ein, denn ich fand jetzt Ihren Vortrag so abstrakt generalisierend, dass man sich in Wahrheit aufgrund Ihres Vortrags mit der Strukturreform hier nicht auseinandersetzen kann.

Und deshalb auch noch ein paar ergänzende Fragen. Mich würde einmal interessieren, wann genau der Aufsichtsrat im Dezember 2016 getagt hat. Vielleicht können Sie auch einmal etwas dazu sagen, wie die Tagesordnung gestaltet war. Vielleicht könnte man so eine Tagesordnung dieser Sitzung auch dem Ausschuss als Anlage zu Protokoll zur Verfügung stellen.

Dann würde mich auch einmal interessieren, wie lange sich der Aufsichtsrat mit der Frage der Strukturreform der HPA in dieser Aufsichtsratssitzung beschäftigt hat. Dazu wird es

wahrscheinlich einen einzelnen Tagesordnungspunkt gegeben haben, vielleicht ja aber auch nicht. Ich weiß es nicht. Vielleicht können Sie hier Erhellendes sagen.

Und dann würde die CDU-Fraktion auch ganz besonders interessieren, welche genauen Beschlüsse hat der Aufsichtsrat in der Sitzung, die im Dezember 2016 ja stattgefunden haben soll, gefasst. Das zunächst einmal.

Vorsitzender: Ja, vielen Dank. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir es ja hier mit einer Selbstbefassung zu tun haben, und ich habe mich bereit erklärt, noch einmal das, was wir im letzten Jahr schon einmal zu HPA next gesagt haben, auch mit der aufgezeigten Folie, in Ausweisung der Organisation, die aber noch weiter, habe ich eben auch noch einmal deutlich ausgeführt, in weiteren Belangen auch der Zuordnung, was eben die Spartenorganisation angeht, wirtschaftliche ... nicht wirtschaftliche Bereiche, noch nicht einen endgültigen Stand erreicht hat. Nicht, weil wir es nicht wollen, sondern eben, weil hierfür noch in der Definition weitere Abstimmungen nach der EU-Gesetzgebung und auch dem Prüfverfahren erforderlich sind.

Zu der weiteren Frage, was die Aufsichtsratssitzung angeht, die war am 15. Dezember 2016, und in dieser Aufsichtsratssitzung ist zu diesem Tagesordnungspunkt ausführlich diskutiert worden, anschließend auch weiter mit allen Aufsichtsratsmitgliedern, auch fast 100 Prozent in Einzelgesprächen von mir, noch einmal erläutert worden, wie ich das heute auch getan habe, warum wir uns so auf den Weg machen, in der Bedeutung dieser Organisationsanpassung und, wie gesagt, der beihilferechtlichen Regelung und eben aber auch den Effizienzsteigerungen, die wir gleichermaßen für die Zukunft der HPA auf den Weg bringen wollen.

Zusammenfassend darf ich sagen, dass wir uns in aller Gründlichkeit und mit allen Aufsichtsratsmitgliedern dort in dieser Thematik auseinandergesetzt haben. Und, wie gesagt, Protokolle der Tagesordnung geben wir eben auch nicht so heraus.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator.

(Senator Frank Horch: Aber nicht, weil ich das so möchte. Weil das Gesetz ist!)

Herr Michael Kruse, Sie sind der Nächste auf der Liste.

Abg. Michael Kruse: Vielen Dank. Also, ich habe es zunächst jetzt richtig verstanden, der Vertrag von Herrn Hurtienne wird nicht bis zum 30. Juni 2017 beziehungsweise Juli 2017 laufen, sondern er ist aufgelöst worden zum 15. Januar 2017 und der Aufsichtsrat hat zugestimmt. Gut. Dann habe ich das jetzt verstanden.

Was ich immer noch nicht verstanden habe, ist, was denn jetzt eigentlich der Grund dafür ist. Sie stellen einen absolut kruden Zusammenhang hier her zu einem Projekt, zu dem wir, wenn wir uns Mühe geben, eine Slide bekommen, das Projekt steckt völlig in den Kinderschuhen, und Sie sagen, es gebe einen Zusammenhang zu diesem Projekt, können aber auf Nachfrage überhaupt nicht erläutern, Herr Senator, wie dieser Zusammenhang ist. Bitte, ich stelle die Frage noch einmal, bitte erklären Sie, warum es im nächsten halben Jahr besser ist, einen Geschäftsführer bei der HPA zu haben und nicht zwei, wie es das Gesetz vorsieht. Erste Frage.

Zweite Frage. Bitte erklären Sie auch, warum es denn besser ist in dieser Konstruktion eigentlich, Herrn Hurtienne zu entlassen oder dessen Vertrag vorzeitig aufzuheben. Ich verstehe diesen Zusammenhang nicht. Und ich möchte auch ganz deutlich sagen, vor den Aufgaben, vor denen wir stehen, in den nächsten Monaten vor allem, wir kommen unter TOP 5 ja noch zum Thema Fahrrinnenanpassung, ich ziehe das jetzt nicht vor, aber da wird es natürlich auch wieder um Herrn Hurtienne gehen, vor dem Hintergrund all dieser Aufgaben, vor

denen wir hier stehen, ist es absolut unverständlich, dass derjenige Geschäftsführer in der HPA, der sich mit diesen Dingen wesentlich besser auskennt und dessen Zuständigkeit, Teilzuständigkeit muss man sagen, es ja auch ist, sich damit auseinanderzusetzen, dass ausgerechnet dieser Geschäftsführer nun im nächsten halben Jahr nicht mehr im Amt ist und ja auch im nächsten halben Jahr erst, zum Ende des nächsten halben Jahres nachbesetzt werden soll. Wenn Sie mit den Mitarbeitern der HPA sprechen, dann sind die ja auch überrascht vom Abgang von Herrn Hurtienne, unfreiwilligen Abgang, muss man ja sagen.

Und wenn Sie jetzt in die Gesichter all der Menschen, die hinter Ihnen sitzen, schauen, dann sehen Sie da ja auch eine gewisse Fassungslosigkeit. Also, Herr Senator, ich bitte Sie, diese beiden Fragen zu beantworten.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Kruse. So, wir drehen uns jetzt einmal wieder nach vorne. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Personelle Entscheidungen sind immer nicht unbedingt ein Grund zur Fassungslosigkeit. Ich weiß nicht, wie die Gesichter hinter mir jetzt aussehen. Personelle Entscheidungen beruhen zum Teil auf Daten, beruhen darauf, wie eben auch Zukunftsentscheidungen getroffen werden müssen. Und ich darf Ihnen sagen, ich bin ja nicht seit gestern im Geschäft, was Personalien angeht, und wenn man Herausforderungen hat für die Zukunft, die ich ja nun mehrfach deutlich erläutert habe, dann müssen dahingehend Entscheidungen getroffen werden. Und diese Entscheidung haben wir getroffen. Da kommt es dann zu gewissen Überschneidungen und die Aufgabenstellungen gehen weiter. Wir müssen auch hier uns auf einen ordnungsgemäßen Weg der Personalfindung machen, und von der Seite her geht das eben nur, wenn tatsächlich jetzt auch die Zeit genutzt wird, um eben tatsächlich dann in dieser Zeit die Voraussetzung zu schaffen, eben auch schnellstmöglich tatsächlich einen Nachfolger für Herrn Hurtienne zu finden.

Die Gründe, die will ich jetzt nicht noch einmal wiederholen. Ich habe Sie jetzt, glaube ich, deutlich zum Ausdruck gebracht. Und das ist der Fakt und an der Kurslinie orientieren wir uns.

Vorsitzender: Sie haben noch eine Nachfrage?

Abg. Michael Kruse: Ist das die Antwort auf beide Fragen? Okay. Dann nehme ich das zur Kenntnis und stelle, ehrlich gesagt mit großem Erstaunen, fest, dass Sie hier überhaupt keinen Grund dafür genannt haben, warum Sie jetzt den Vertrag von Herrn Hurtienne vorzeitig beendet haben. Sie haben dem zweiten Geschäftsführer der HPA einen absolut unwürdigen Abgang hier generiert, und es ist aus meiner Sicht völlig unverständlich geblieben, was der Zusammenhang ist zum Projekt HPA next.

Und auch die eben aufgeführten Argumente, zu sagen, es gebe Herausforderungen für die Zukunft und gewisse Überschneidungen, da kann ich nur sagen, das Argument Überschneidungen, das hätten Sie dafür nehmen können zu sagen, da geht jemand demnächst in Pension und deswegen brauchen Sie jemanden für eine parallele Einarbeitungszeit für jemanden, der dann die Nachfolge übernimmt. Dann hätten Sie es vernünftig geregelt. Und die Tatsache, dass Sie jetzt einen Nachfolger suchen, das hätten Sie ohnehin machen müssen, weil Herr Hurtienne eben zum 30. Juli 2017 ohnehin in Pension gegangen wäre. Also jetzt das Ausschreibungsverfahren und die Personalsuche hier als Grund dafür zu nehmen, dass man jetzt zum 15. Januar 2017 eine Vertragsaufhebung macht, das ist absolut unglaublich, Herr Horch. Und ich möchte Ihnen das auch in aller Deutlichkeit sagen, weil man sich ja wirklich wundert, was Sie da fabrizieren. Und ehrlich gesagt, nach den Ausführungen hier ist es noch unklarer als vorher. Und die Tatsache, dass das hier die ganze Seite des Hauses offensichtlich so sieht, sollte Sie spätestens zum Nachdenken darüber bringen, ob das denn

tatsächlich so ein klarer Zusammenhang ist. Aber, wie gesagt, wir widmen uns der Frage dieses Zusammenhangs ja dann auch unter Punkt 5.

Ich hätte noch einmal eine konkrete Nachfrage. Wann haben denn eigentlich die Gespräche mit Herrn Hurtienne begonnen? Denn ich habe den Eindruck gewonnen, er hat über diesen Vorgang und über den Wunsch Ihrer Seite nach einer vorzeitigen Vertragsaufhebung aus der Zeitung erfahren. Es mag anders gewesen sein, das könnten Sie hier ja auch klarstellen. Sie haben in meiner Anfrage nicht konkret auf die Frage geantwortet, wann Herr Hurtienne davon erfahren hat, Sie haben nur geantwortet, im Dezember 2016. Ich würde gern noch wissen, wann hat er davon erfahren, erstens.

Und ich würde eigentlich auch gern noch einmal wissen, Sie haben ja Herrn Hurtienne 2015 100 Prozent seiner variablen Vergütung ausgezahlt, das haben Sie ja als Aufsichtsratschef im Aufsichtsrat auch so beschlossen, das heißt, Sie müssen mit der Arbeit von Herrn Hurtienne zumindest im Jahr 2015 sehr zufrieden gewesen sein, denn 100 Prozent Zielerfüllung, das kann sich sehen lassen.

Deswegen frage ich, was hat sich geändert zwischen dem Jahr 2015 und Ende 2016, als Herr Hurtienne dann offensichtlich nicht mehr gewünscht war und dann eine Vertragsauflösung zum 15. Januar 2017 erforderlich geworden ist. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Herr Kruse, Sie versuchen, einen Fall zu konstruieren, den es nicht gibt, und eben haben Sie das quasi selbst schon beantwortet. Wir sind mit der Arbeit, was ich ja auch am Anfang gesagt habe, von Herrn Hurtienne immer zufrieden gewesen, ob im Ausdruck der Tantiemen und auch der Arbeit im Generellen, und von der Seite, es geht hier nicht jetzt eben darum, nach einem Hebel zu suchen, der vielleicht etwas skandalisierend auf die Person zutreffen könnte. Das, was ich gesagt habe zu unseren Zielen, und ob man dieses Vorgehen jetzt zeitlich gut findet oder weniger gut findet, wir sind der Meinung, dass wir hier tatsächlich mit den vor uns liegenden Aufgaben den Zeitrahmen nutzen müssen, um eben kurzfristig zu einer Personalie zu kommen, die uns für die Zukunft die HPA so organisieren und aufstellen lässt, wie wir das mit dem Hintergrund meiner Ausführungen erforderlich sehen.

Aber zwischen dem Hintergrund der Tantiemen, damit wird ja deutlich, dass hier nicht irgendwo in etwas kleinteiliger Art versucht wird, Herrn Hurtienne etwas vorzuwerfen, sondern hier geht es um die Zukunft und da noch einmal um die Begrifflichkeit HPA next und nicht irgendwo hier Fehler oder auch, wie man so sagt, schmutzige Wäsche zu waschen. Das ist kein Hintergrund.

Vorsitzender: Schönen Dank.

Senator Frank Horch: Hier waren noch Fragen zu Gesprächen mit Herrn Hurtienne. Wenn ich das noch einmal an Herrn Bösingler weitergeben darf, wann die ersten ...

Staatsrat Dr. Rolf Bösingler: Wir haben die Gespräche mit Herrn Hurtienne nach dem Aufsichtsrat am 15. Dezember 2016, also nach dem 15. Dezember 2016 begonnen.

Senator Frank Horch: Und nach dem 15. Dezember 2016, nachdem diese Gespräche jetzt auch, wie das ja mit der Beteiligungsgesellschaft und eben auch behördenseitig geführt wurden, dann habe ich mit ihm persönlich noch einmal, indem eben dieser Austausch stattgefunden hat, noch einmal am 23. Dezember 2016, glaube ich, ja, 23. Dezember 2016 geführt, persönlich noch einmal.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe als Nächsten auf der Liste Herrn Niedmers und danach Herrn Hackbusch. Herr Niedmers bitte.

Abg. Ralf Niedmers: Ich möchte noch einmal anknüpfen an die Fragen zum Thema Aufsichtsratssitzung. Wie wir jetzt wissen, hat der Aufsichtsrat am 15. Dezember 2016 getagt. Ich möchte jetzt noch einmal den Senator fragen, ob er dem Ausschuss etwas zur Sitzungsdauer sagen kann, das heißt, wie lange dauerte die Aufsichtsratssitzung, wann begann sie, wann endete sie. Und dann noch einmal die Frage an den Senator: Können Sie wirklich nichts zur Tagesordnung dieser Sitzung sagen oder sehen Sie tatsächlich Geheimhaltungs- oder datenschutzrechtliche Themen, die Sie tatsächlich in eine Lage bringen, dem Ausschuss hier nicht sagen zu können oder zu Protokoll erklären zu können, mit welchen Tagesordnungspunkten sich dieses Kontrollgremium befasst hat? Das kann ich gar nicht glauben.

Und dann möchte ich auch noch einmal wissen, gern zu Protokoll, in welcher Zusammensetzung der Aufsichtsrat am 15. Dezember 2016 getagt hat. Das muss, finde ich, möglich sein. Wenn wir hier ernsthafte Beratungen führen wollen, muss ein Wirtschaftsausschuss eines Landesparlaments in der Lage sein, über solche Unterlagen zu verfügen. Und wenn Sie meinen, dass das alles nicht geht, dann müssen wir einen Weg finden, wie wir möglicherweise dann über ein Aktenvorlageersuchen oder ähnliche Themen dann in die Situation kommen, uns überhaupt einmal einen Überblick darüber als Parlamentarier verschaffen zu können, wie dieses Kontrollorgan arbeitet. Denn dazu erfahren wir ja bislang hier in der Ausschusssitzung nicht wirklich etwas.

Und dann würde mich noch einmal interessieren die Beantwortung der Frage, welche Beschlüsse wurden auf der Sitzung des Aufsichtsrats am 15. Dezember 2016 gefasst. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Niedmers. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Einmal über die Aufsichtsratssitzung an dem besagten 15. Dezember 2016 von 10 bis gut 13 Uhr. Wir haben uns, wie gesagt, mit unterschiedlichsten Themenfeldern beschäftigt, und ein wesentlicher Bereich war eben HPA next. Um das geht es hier heute und ich habe ausgeführt, dass dieser inhaltliche Punkt ausführlich diskutiert wurde und mit dem gleichen Hintergrund, wie ich das heute ausgeführt habe, auch eben adressiert und auch diskutiert mit den Aufsichtsratsmitgliedern.

Noch einmal zu der Tagesordnung eines Aufsichtsrates. Ich muss mich sehr irren, ich bin ja nun auch schon ein paar Tage im Geschäft, aber dass von öffentlichen Unternehmen Aufsichtsratssitzungstagesordnungen an die Öffentlichkeit kommen, ist mir nicht bekannt. Man möge mich korrigieren, aber ich kenne es nicht von der Hochbahn, ich kenne es nicht vom Flughafen, ich kenne es nicht von der Messe, ich kenne es in allen meinen Bereichen nicht. Aber wenn das Parlament es anders ..., dann müssen wir uns drauf einstellen. Nur bisher war das nicht der Hintergrund, dass wir Aufsichtsratssitzungen öffentlich, was die Tagesordnung angeht, diskutieren, abgesehen von einzelnen Punkten, wie wir sie jetzt hier rausnehmen. Aber nicht, dass jetzt in diesen umfassenden Punkten, die wir hier in diesen großen Gesellschaften durchführen, dass das eben Dinge sind, dafür gibt es ja einen Aufsichtsrat in den vorklärenden Maßnahmen, hier die Dinge durchzuführen und dann eben mit dem Senat, mit der Beteiligungsgesellschaft ... das sind ja eben organisierte Dinge, die eben auch zwischen Legislative und Exekutive ihre Organisation und ihren Ablauf haben.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Hackbusch, Sie sind dran.

Abg. Norbert Hackbusch: Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte noch einmal dem Eindruck, den der Senat versucht, hier zu machen, noch einmal widersprechen. Eine Skandalpersonalie wird es nicht dadurch, dass wir nachfragen, sondern dadurch, was Sie gemacht haben und in der Art und Weise, wie Sie agiert haben. Das will ich noch einmal deutlich sagen. Weil, Sie haben praktisch dieses Thema in die Welt gesetzt, Sie haben Herrn

Hurtienne vorzeitig entlassen. Sie haben etwas gemacht, was in gewisser Weise nicht für die Öffentlichkeit und auch für uns hier in diesem Rahmen nicht nachvollziehbar ist, wozu Sie keine Begründung gegeben haben, und dementsprechend sind Sie derjenige, der praktisch in gewisser Weise diese jetzt, finde ich, sehr unangenehme und sehr unglückliche Situation hervorgebracht hat.

Und ich muss auch sagen, ich bin etwas fassungslos darüber, wie Sie das machen, weil, man kann so etwas natürlich auch so machen, dass man sagt, es stehen bestimmte Aufgaben an, ich nenne eine neue Person, die kann bestimmte Aufgaben erfüllen, aber Sie machen das in einer Art und Weise, wo Sie wirklich eine Person beschädigen. Und das kommt nicht durch unsere Nachfragen, sondern das kommt durch Ihr Agieren. Darüber will ich auch noch einmal hier protestieren und will Ihnen noch einmal deutlich sagen, dass ich das für sehr unprofessionell und für sehr schlecht halte.

Ich will auch deutlich sagen, dass ich das Zweite bei Ihren Antworten, je länger das ist noch einmal, auch noch erstaunlich finde, dass zum ersten Mal Herr Hurtienne scheinbar, wie Sie das jetzt sagen, am 15. Dezember 2016 damit auf der Aufsichtsratssitzung konfrontiert worden ist und nicht vorher bestimmte Diskussionen darüber stattgefunden haben. Ich weiß gar nicht, also, ich kenne das in dieser Art und Weise nicht, dass man praktisch meint, mit Überraschungen solche Probleme, die meinetwegen dann in irgendeiner Phase, wir wissen ja noch nicht einmal, welche Probleme, praktisch gelöst werden, ist mir völlig unklar, was das überfallartig und was für ein Wunder ... Dementsprechend finde ich sehr interessant, Herr Niedmers, inwieweit wir das wirklich einmal herauskriegen, was für eine Wundersitzung das gewesen sein muss, wo man alles Mögliche versuchte zu lösen. Über das bin ich wirklich fassungslos und eigentlich auch sprachlos, deswegen frage ich dazu auch nichts mehr.

Ich habe jetzt eine konkrete Nachfrage noch und die bezieht sich darauf, es gab in der Zwischenzeit ja noch einmal zu next einen Beschluss des Europäischen Parlaments im Zusammenhang mit Port Package III. Mich würde interessieren, welche Auswirkungen dieser Beschluss Port Package III eigentlich im Zusammenhang mit der HPA-Struktur hat und inwieweit es dort irgendeine Verbindung gibt.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Hackbusch. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Den ersten Teil nehme ich so zur Kenntnis. Die zweite Frage, zu Port Package III gibt es keine weiteren Auswirkungen. Frau Dr. Mellwig ist hier, die uns ja dort in Brüssel entsprechend vertritt. Wenn Sie dazu noch etwas sagen kann, darf sie das gern tun, aber aus meiner Kenntnis gibt es da keine weiteren Ergänzungen über das hinaus, was ich bereits ausgeführt habe.

(Zuruf Frau Dr. Mellwig)

Also Frau Mellwig hat keine Ergänzungen weiter dazu.

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Michael Kruse bitte.

Abg. Michael Kruse: Herr Senator, also wenn ich den zeitlichen Ablauf dann jetzt richtig verstanden habe, dann ist über Herrn Hurtienne am 15. Dezember 2016 gesprochen worden, vorher ist nicht mit ihm gesprochen worden, danach ist mit ihm gesprochen worden und dann auch noch einmal am 23. Dezember 2016, wie Sie sagten. Es ist ja schon einmal gut zu wissen, dass er das nicht aus der Zeitung erfahren hat.

Nun frage ich mich aber, das haben Sie ja in meiner zweiten Kleinen Anfrage über die Tage beantwortet, dass das ganze Projekt Koordination zur Fahrrinnenanpassung zwischen BWVI und HPA bei Herrn Hurtienne lag innerhalb der Geschäftsführung und dass das seine Zuständigkeit ist, weil das ja auch ...

(Zuruf)

– Ja, das haben Sie so geantwortet.

Also frage ich mich jetzt, Sie haben tatsächlich vier Tage vor dem Beginn der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht über die Fahrrinnenanpassung denjenigen Geschäftsführer, der die Verantwortung dafür trägt, für die Koordination mit der BWVI, davon in Kenntnis gesetzt, dass sein Vertrag vorzeitig aufgelöst wird, und dann auch ihn ja, glaube ich, gar nicht mehr mitgenommen zum Bundesverwaltungsgericht. Ist das tatsächlich ... halten Sie das auch jetzt im Nachhinein tatsächlich für ein kluges Vorgehen? Denn ich würde ja sagen, die Fahrrinnenanpassung ist das wichtigste Infrastrukturprojekt dieser Stadt und Sie haben insbesondere damit, dass Sie dem zuständigen Geschäftsführer zu dieser Thematik kurz vorher quasi auf den Tisch geknallt haben, dass er demnächst nicht mehr die HPA leitet und sein Vertrag auch nicht mehr zu Ende laufen wird, Sie haben damit den völlig falschen Fokus gesetzt und Sie haben damit, ehrlich gesagt, auch, glaube ich, einen Nebenkriegsschauplatz hier aufgemacht, der überhaupt nicht größtmäßig irgendwie im Zusammenhang mit der Relevanz der Fahrrinnenanpassung steht. Also diesen zeitlichen Zusammenhang, sehen Sie den heute immer noch positiv? Ich muss ehrlich sagen, ich halte das für sehr kritikwürdig.

Ich würde dann gerne noch einmal die Frage wiederholen, warum es denn dann sinnvoll ist, jetzt wegen HPA next in dem nächsten halben Jahr nur einen Geschäftsführer bei der HPA zu haben. Denn auch aus meiner Anfrage zu Herrn Hurtienne geht ja hervor, dass für den Kontakt mit Behörden, Verwaltungen und der Politik, glaube ich auch, gar nicht Herr Hurtienne zuständig war, er hat sich hier aber in den letzten Jahren sehr viel blicken lassen. Das heißt, er hat hier für uns als Ausschuss sehr viel für Fragen zur Verfügung gestanden, obwohl das offensichtlich ja gar nicht sein Teilbereich war. Also auch vor diesem Hintergrund möchte ich noch einmal fragen: Warum ist es konkret sinnvoll, im nächsten halben Jahr nur einen Geschäftsführer zu haben, obwohl die HPA mehr Aufgaben haben wird als jemals zuvor, wenn denn die Fahrrinnenanpassung positiv beschieden wird? Warum ist es dann sinnvoll, einen Geschäftsführer weniger zu haben? Und warum ist es sinnvoll, bei dem größten Restrukturierungsprojekt seit Bestehen der HPA den erfahrensten Mann nicht mit an Bord zu haben? Das sind meine beiden Fragen zum Thema HPA next.

Und das Dritte ist eine Kommentierung. Ich habe den Eindruck, dass Herr Scholz mittlerweile sehr unzufrieden ist, wie das alles läuft in diesem Bereich. Ich habe den Eindruck, dass Herr Scholz seinem Ärger ordentlich Dampf gemacht hat, und ich habe den Eindruck, dass aus dieser Richtung ein Druck entstanden ist, der dazu geführt hat, dass Sie hier jemanden entlassen haben, der – ja – eigentlich einen fachlich guten Job gemacht hat, der die größte Expertise im Bereich der Infrastrukturprojekte besitzt und der für Sie nun als Bauernopfer dient.

Vorsitzender: Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Herr Kruse, Sie versuchen, einen Hintergrund zu konstruieren, der an dem vorbeigeht, was hier die Maßnahmen angeht. Die Personalie Herr Hurtienne in Richtung HPA und der zukünftigen Organisation, was die HPA unter der Begrifflichkeit HPA next und den Aufgaben der HPA in allen Belangen, und beihilferechtlich habe ich das mehrfach ausgeführt, den Zusammenhang jetzt zur Fahrrinnenanpassung herzustellen, da ist Herr Hurtienne einer unter vielen. Das soll nicht falsch verstanden werden, aber das ist eben, glaube ich, auch eine gewisse Unkenntnis, die Sie von diesem Planfeststellungsverfahren haben, das sind weit über 40 Leute, und wir sind eben der beteiligte Partner. Der Hauptpartner für das Verfahren ist die Bundesrepublik Deutschland für die Elbe. Wir haben den Teil Hamburg mit der Delegationsstrecke und wir haben unsere Fachleute, hervorragende Fachleute, mehrere aus der HPA, unter anderem Herrn Hurtienne, Herrn Meyer, Herrn Kindermann und viele weitere mehr, die in den wöchentlichen Gesprächen über diesen langen

Zeitraum an dem Projekt beteiligt sind und letztendlich auch die Verantwortung auf allen Feldern tragen.

Aber es ist jetzt nicht so, dass eben das Verfahren, Planfeststellungsverfahren Elbe, das Verfahren von Herrn Hurtienne ist. Da spielt er eine Rolle, und ohne die Bewertung jetzt in der Bedeutung herunterzuspielen, aber es ist nicht so, dass wir den Mann ... wir haben hier einen entscheidenden Mann, der das ganze Planfeststellungsverfahren leitet, das ist Herr Dr. Aschemann, und letztendlich behördenseitig ist es Herr Dr. Bösing. Und jeder hat seine Aufgabe und jeder – wir kommen ja noch zu dem Punkt – hat hier mit größten Anstrengungen dieses Verfahren auf den Weg gebracht. Aber hier jetzt eben zu sagen, dass wir eben tatsächlich ein Verfahren in dieser Personalie zum falschen Zeitpunkt ... Zeitpunkte sind meistens falsch, aber hier sind die Zusammenhänge, wenn man das jetzt nimmt mit der Verhandlung am 9. Dezember 2016 und jetzt fortgesetzt am 9. Februar 2017, aber es ist keinerlei Zusammenhang zwischen den Dingen. Und bei dem Thema Fahrrinnenanpassung ist Herr Hurtienne ein wichtiger Mann, aber einer von vielen ganz wichtigen Leuten, die hier dieses Verfahren mit begleitet haben. Und von der Seite her ist das nicht irgendwo hier jetzt ein Bruch in der Verantwortlichkeit, sondern das ist der Vorgang als solches, der ja über einen Zeitraum jetzt schon von zwölf Jahren läuft, wo es auch viele personelle Veränderungen gegeben hat, und das hat aber auf die Personalie, die Sie jetzt gern in einen Zusammenhang bringen wollen, absolut nichts damit zu tun. Und ich will noch einmal deutlich sagen, das, was ich am Anfang gesagt habe, was ich mehrfach auch an anderen Stellen geäußert habe, ist hier der Zusammenhang, und alle anderen Dinge sind Konstruktionen, die hier nicht zutreffen. Und noch einmal betont, auch in der Einvernehmlichkeit im Aufsichtsrat und eben auch mit Herrn Hurtienne haben aufgezeigt, dass dies der Weg ist, den wir mit Blick in die Zukunft gehen müssen.

Vorsitzender: Eine Nachfrage ...

Senator Frank Horch: Eine Anmerkung noch zum Gespräch mit Herrn Hurtienne, ob jetzt die Zeit lang war. Wir können auch tatsächlich in so einer Personalie ja erst nach Beschlüssen in einer Aufsichtsratssitzung, die da ja am 15. Dezember 2016 stattgefunden hat, mit ihm reden. Ich brauche ja auch die Beschlüsse aus einer Aufsichtsratssitzung, um dann eben auch tatsächlich über Beteiligungsgesellschaft und über die Gespräche dann mit Herrn Hurtienne einzusteigen. Das ist dann anschließend erfolgt. Aber man kann ja nicht vorher einmal ein bisschen reden und dann anschließend macht man den Aufsichtsratsbeschluss und geht den weiteren ordnungsgemäßen Weg einer solchen Entscheidung.

Vorsitzender: Eine Nachfrage, Herr Kruse.

Abg. Michael Kruse: Also, Herr Senator Horch, mit Verlaub, das hat überhaupt nichts mit der Frage Kenntnis oder Unkenntnis über den Ablauf und die Details des Planfeststellungsbeschlusses zur Fahrrinnenanpassung zu tun. Es hat etwas damit zu tun, ob Sie hier plausibilisieren können, warum es klug ist, ein Projekt, was im Wesentlichen in der Zukunft stattfindet, ohne einen Geschäftsführer der HPA durchzuführen. Sie haben auf diese Fragen, zehn-, zwölfmal haben wir die jetzt in unterschiedlicher Art und Weise gestellt, überhaupt keine plausible Antwort genannt. Und wenn Sie hier keine plausible Antwort darauf nennen können, dann müssen Sie wohl damit leben, dass man sich Gedanken macht, warum, was denn für zeitliche Zusammenhänge tatsächlich hier vorliegen. Und das ist natürlich ein immanenter Zusammenhang, dass das Verfahren zur Fahrrinnenanpassung und die Verhandlungen dann jetzt auch hoffentlich abgeschlossen sind und dass Sie offensichtlich diesen zeitlichen Kontext gewählt haben. Einen anderen haben Sie hier nicht plausibilisieren können. Und solange Sie das nicht tun, und Sie haben hier von mehreren Personen gehört, dass es offensichtlich eine ganze Menge Personen gibt, die diesen zeitlichen Zusammenhang, den Sie

aufhängen wollen an den inhaltlichen zu HPA next, der ja auch reichlich dünn in der Schriftlichen Kleinen Anfrage dazu beantwortet ist, Sie haben nicht aufzeigen können, wie dieser Zusammenhang ist. Sie fallen wieder und wieder in die gleichen Formulierungen, die überhaupt keine inhaltlichen Begründungen dazu liefern, zurück. Und wenn Sie uns hier keine plausible Antwort nennen, dann werden Sie damit leben müssen, dass das unsere Interpretation und unsere Lesart für diesen Fall ist.

Vorsitzender: Ich gebe an Herrn Senator.

Senator Frank Horch: Ich habe dazu weiter nichts zu sagen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator, das ist auch Ihr gutes Recht.

Ich habe als Nächstes Herrn Schmidt auf der Liste und danach Herrn Niedmers. Bitte sehr, Herr Schmidt.

Abg. Hansjörg Schmidt: Ja, vielen Dank. Ich habe den Verlautbarungen hier ja andächtig gelauscht und kann dann von unserer Seite auch nur feststellen, dass hier tatsächlich ja versucht wird, sehr viel in die Dinge hineinzuzinterpretieren und zu konstruieren. Und wie dünn das Ganze ist, auf dem man dann versucht, hier etwas hineinzuzinterpretieren, merkt man ja auch daran, dass immer wieder die gleichen Fragen gestellt werden zu Dingen, die auch schon beantwortet wurden oder die hinlänglich bekannt waren. Also wann der Aufsichtsrat der HPA getagt hat, wurde uns in der letzten Sitzung ja schon erklärt und dann wird hier noch einmal zweimal nachgefragt, wann das denn war. Da fragt man sich dann auch, wie groß die Aufmerksamkeitsspanne in der vergangenen Sitzung war. Und wenn man dann auch keine weiteren Punkte hat, dann fragt man sich, wie lange die Sitzung ist. Ich warte jetzt noch auf die Frage, welche Kekse es gab. Das sind alles ja keine zielführenden Dinge.

Und der Senat hat uns ja sehr deutlich dargelegt, was die Aufgabenstellung ist. Es geht um die Umstrukturierung in Richtung HPA next. Dazu haben wir beim letzten Mal hier ein Schaubild bekommen. Ich habe immer noch gar keine Frage gehört zu inhaltlichen Punkten, die HPA next betreffen, stattdessen wird immer weiter versucht, einen Spin zu drehen um die Personalie Herr Hurtienne, der sich nicht weiter spinnen lässt, und der Faden, den Sie da haben, der ist sehr dünn. Ich finde, dass der Senat die Fragen alle beantwortet hat. In der Vergangenheit zuzeiten der CDU – und deswegen wundere ich mich da auch, was Herr Niedmers hier manchmal macht – hatte man ja das Gefühl, es gäbe gar keinen Aufsichtsrat, weil das so ein Geheimgremium war, wo gar nichts dazu berichtet wurde. Das hat sich ja nun mittlerweile sehr stark geändert. Also der Senat geht hier sehr transparent mit dem um, was im Aufsichtsrat diskutiert wird, wenn es hier den Ausschuss betrifft, und wir haben hier die Selbstbefassung HPA next ja extra offengelassen, um über die Aufsichtsratssitzung hinaus über dieses Thema zu sprechen, und Sie konstruieren hier Dinge hinein, die es in der Form offensichtlich gar nicht gibt.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Schmidt. Herr Niedmers bitte und danach Herr Kruse.

Abg. Ralf Niedmers: Ja, die Einlassungen von Herrn Schmidt offenbaren ja, dass er nicht so viel Ahnung im Bereich Gremien hat, und das stellt er dann besonders heraus, indem er die Frage zu den Keksen stellt. Wenn es alles nicht so traurig wäre. Es geht hier darum, dass eine große Organisation dieses Hafens, die nicht ganz unwesentlich beteiligt ist an Weichenstellungen für die Zukunft von 150 000 Arbeitsplätzen, ...

(Zuruf)

– Lass mich doch erst einmal ausreden bitte, du kannst dich ja gern zu Wort melden.

... dass diese Organisation reformiert werden soll, und dann sitzen wir hier in der Ausschusssitzung und wollen uns mit Details dieser Reform beschäftigen und dann wird hier da-

rauf verwiesen, ja, können wir euch nichts zu sagen, unterliegt alles Vertraulichkeit und dann müsst ihr eben einen anderen Weg finden. Und dann macht Herr Schmidt hier noch die Höhe im Dreieck, indem er dann sagt, wir würden hier mehrmals die gleichen Fragen stellen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Herr Schmidt, wenn Ihnen das nicht passt, welche Fragen hier von den verschiedenen Oppositionsfraktionen gestellt werden, dann gehen Sie doch einfach woanders hin und versuchen Sie aber nicht, das so zu trivialisieren, denn die Wahrheit ist eine ganz andere. Hier wird eine gewaltige Strukturreform durchgeführt oder soll durchgeführt werden. Wir wissen in Wahrheit gar nicht, wie weit sie ist, darüber trifft der Senat hier keine Festlegungen. Wir wissen auch gar nicht, was im Detail gemacht werden soll und aussagekräftiges Material wird uns ebenfalls nicht zur Verfügung gestellt und da hilft eben auch kein Blick in die Vergangenheit, sondern wir sind hier und heute verantwortlich für die Zukunft und wir wollen genau wissen, wie dieses für diese Stadt so wichtige Unternehmen in Zukunft arbeiten soll.

Das ist unser gutes Recht, die CDU-Fraktion behält sich auch vor, diese Themen jetzt noch einmal in dem Ausschuss für Öffentliche Unternehmen zu bringen. Es ist sehr wohl so, dass es parlamentarische Beratungen in so einem speziellen Ausschuss geben kann, wo denn auch Details in nicht öffentlicher Sitzung auch geklärt werden können. Jedenfalls so, wie das hier heute Abend abläuft, ist das einem Parlamentsbetrieb nicht angemessen, und wir verlangen da auch weitere Details und Auskünfte von Senatsseite.

Wenn dann gesagt wird, dass das so vertrauliche und brisante Themen sind, dass man das nicht in öffentlicher Sitzung machen kann, dann können wir das gern im Ausschuss für Öffentliche Unternehmen in nicht öffentlicher Sitzung beraten oder auch hier können wir das auch machen, aber es ist ja offensichtlich – und das sieht man ja auch an den sehr doch oberflächlichen Einlassungen von Herrn Schmidt, dass da von anderer Seite gar nicht großes Interesse besteht, hier detailliert einzusteigen.

Gleichwohl noch eine Fachfrage, von der ich auch nicht sagen kann, ob ich darauf jetzt eine angemessene Antwort bekommen werde hier, vielleicht auch wieder mit Hinweis auf Vertraulichkeit oder unternehmensstrategische Themen, die man nicht öffentlich ausbreiten kann und will. Ist denn geplant als Teil dieser HPA-next-Reform, dass die HPA zukünftig am Kapitalmarkt Darlehen aufnehmen kann, also faktisch sich verschulden kann, um in Infrastruktur zu investieren?

Vorsitzender: Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: In der Grundsätzlichkeit zu HPA next haben wir in den Sitzungen im letzten Jahr ausgeführt, was unsere Ziele sind, auch mit der Vorlage erster Organigramme und den Erläuterungen immer wieder unter der Spartenregelung Commercial/ nicht Commercial. Von der Seite her ist damals gesagt worden wie auch heute, immer mit dem Hintergrund der Selbstbefassung, dass wir wieder im Zuge der Entwicklung und der laufenden Gespräche – ich habe die Tendenzen heute aufgezeigt – auf einem abgestimmten Weg mit unseren Partnerländern aus Deutschland mit den Verhandlungen sind. Also von der Seite ist es ein laufender Prozess und in diesem laufendem Prozess und den weiteren detaillierten Festlegungen werden wir Sie natürlich hier auf dem Laufenden halten und eben auch mit den Entscheidungen, die dahingehend getroffen werden, entsprechend informieren. Das ist gar keine Frage. Diesbezüglich gibt es hier auch keine Geheimnisse oder Dinge, die wir nicht kundtun wollen. Aber, wie ich auch am Anfang gesagt habe, ist es noch ein laufender Prozess, der eben unter Abstimmung der Beteiligten aus Deutschland und dem Bund und eben aber auch der EU einen guten Pfad erreicht haben mit allem, was ich gesagt habe, und in den nächsten Sitzungen werden wir Sie weiter über die Entscheidungen und wie eben auch hier organisatorisch die HPA aufgestellt wird, unterrichten.

(Zuruf Abg. Ralf Niedmers)

Vorsitzender: Eine Nachfrage.

Abg. Ralf Niedmers: Also zum Thema Verschuldung können Sie nichts sagen?

Senator Frank Horch: Das ist ein im Zuge der Dinge ... wurde ja auch immer wieder bezüglich bestimmter Spartenregelungen ... wird darüber diskutiert, aber wie ich sage, in der übergeordneten Form ist hier der grundsätzliche Rahmen und auch das, was eben bezüglich der EU-Prüfkriterien und Voraussetzungen erfüllt werden muss, dann aber auch wieder haushalterisch, was wir eben als Senat und auch finanztechnisch auf den Weg bringen. Dazu gibt es noch überhaupt keine Entscheidung. Und dass wir uns über Finanzierung der Zukunft auch Gedanken machen müssen, deswegen ist der Hintergrund einer solchen Überlegung erlaubt, aber es gibt diesbezüglich in der gegenwärtigen Entscheidungslage dazu noch überhaupt keinen Ansatz.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator.

Senator Frank Horch: Aber ich will Ihnen da auch Recht geben, wenn dem so ist, ist es natürlich vor dem Gremium hier eine wichtige Mitteilung und auch eine Darstellung der Dinge, wie wir es machen. Nur, es ist heute noch nicht der Hintergrund, vor dem wir stehen, um eben tatsächlich da mit Fakten und ernsthaft drüber zu reden.

Vorsitzender: Danke. Herr Michael Kruse, Sie sind dran.

Abg. Michael Kruse: Ja, vielen Dank. Einer der Vorteile von Wortprotokollen ist, dass man ja nachlesen kann, wer wann welche Frage gestellt hat, und da wird sich also auch meine Frage ganz zu eingangs wiederfinden, was sich eigentlich bei dem Projekt HPA next seit unserer letzten Ausschussberatung getan hat. Dass der Senat darauf nicht antwortet, heißt nicht, dass wir diese Fragen nicht gestellt haben, Herr Schmidt.

Ich finde es, ehrlich gesagt, erschreckend, dass jetzt die SPD-Fraktion also der Auffassung ist, dass das hier etwas wäre, die vorzeitige Vertragsauflösung mit Herrn Hurtienne, was dann nicht weiter zu besprechen wäre, denn wir hatten im letzten Jahr also ein zweistelliges Millionendefizit, wir haben angekündigte weitere zweistellige Millionendefizite, wir haben eine Kostenexplosion bei den Infrastrukturprojekten, wir haben Riesenprobleme bei der Schlickbaggerei, und Sie, Herr Schmidt, reden dann nur in Spins, die man hier kreieren könnte. Nein, wir haben große Probleme im Herzen der Hamburger Wirtschaft mit dem Hamburger Hafen und mit der Hafenverwaltung dieser Stadt. Und dass wir darüber reden, wie wir diese Probleme lösen, das halte ich, ehrlich gesagt, für das Mindeste, und dass der Senat dann auch einmal Auskunft zu diesem Thema gibt.

Wer sich an die letzte Sitzung unseres Ausschusses hier erinnert, der weiß, dass die auch schon reichlich dünn war und ja in der Tat ist die Beratung zu HPA next hier bisher reichlich dünn. Es stimmt, da würde ich Herrn Schmidt sogar zustimmen. Aber die Ursache dafür liegt doch darin, dass wir auf der letzten Sitzung genau eine Slide vorgelegt bekommen haben. Diese eine Slide hat ein nicht zuständiger Staatsrat hier noch erläutern müssen, weil Sie, Herr Bösinger, und Sie, Herr Horch, beide terminlich verhindert warten. Das kann immer einmal sein, ich habe auch damals schon Verständnis dafür geäußert, auch wenn ich es mir wünschen würde, dass Sie bei jeder Sitzung anwesend sind, aber das kann immer einmal sein. Und wir haben dann bei der letzten Sitzung nach relativ knapper Zeit gesagt, wir lassen den Tagesordnungspunkt offen und rufen ihn wieder auf, wenn wir intensiver darüber sprechen können. Und dass Sie uns dann keine einzige Seite heute hier vorlegen und dann aber uns auch noch vorwerfen, dass das eine relative dünne Befassung sei, da kann ich nur sagen, das ist ein Treppenwitz. Also, es wäre Ihre Aufgabe, uns hier richtig zu informieren über den Projektstand.

Ich stelle die Frage deswegen jetzt noch einmal: Was hat sich seit der letzten Beratung hier ganz konkret verändert? Und zwar nicht ... Ich habe jetzt verstanden, der Aufsichtsrat hat darüber wieder gesprochen. Was hat es an ganz konkreten, wichtigen Veränderungen in der Planung dieses Projekts seit der letzten Befassung hier im Ausschuss gegeben? Das interessiert mich in der Tat inhaltlich. Und dann würde ich gern wissen, wie es dann auch in den nächsten Monaten ganz konkret dazu weitergeht. Wie sieht Ihr Zeitplan dazu aus? Denn es gab ja einen Grundsatzbeschluss der EU-Kommission. Was ist der von Ihnen beziehungsweise von der HPA nun aufgestellte ganz konkrete Zeitplan für die weitere Umsetzung dieses Projekt? Sie haben gesagt, Herr Horch, Jahre 2017, 2018 wollen wir das jetzt realisieren. Was sind die ganz konkreten Milestones, die Sie sich beziehungsweise der HPA jetzt verschrieben haben? – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Senator bitte.

Senator Frank Horch: Da das ja auch ein Wortprotokoll ist, auf das Sie hinweisen in Ihren Fragen, kann ich nur darauf hinweisen, zu dem aktuellen Stand, was unsere Situation HPA next angeht, in den entsprechenden Sitzungen intern, auch zwischen Behörde und HPA fortgesetzt, auch entscheidungsseitig, was den Aufsichtsrat angeht, zum Stand der Dinge habe ich in meinen Anfangsausführungen alles gesagt. Ich kann dem im Moment nichts Weiteres hinzufügen.

Abg. Michael Kruse: Dann habe ich die konkrete Nachfrage: Gibt es keine konkreten Milestones für die weitere Abarbeitung dieses großen Restrukturierungsprojekts,

(Zuruf)

– Ja, einen Zeitplan, das ist das deutsche Wort dafür. Vielen Dank.

Gibt es dazu keinen Zeitplan innerhalb Ihres Hauses, der BWVI oder der HPA? Und falls doch, können Sie ihn uns geben?

Senator Frank Horch: Wir sind unter Zeitdruck. Sie haben ... Ich wiederhole mich da, ich habe gesagt, es ist ein hohes persönliches Anliegen auch von mir, hier die Voraussetzung zu schaffen. Wir haben umfassendste Gespräche – ich will mich jetzt nicht zum dritten Mal wiederholen –, aber da wir auf viele Dinge auch der EU, der Prüfkommision unserer beteiligten Länder angewiesen sind, kann ich nicht sagen und will natürlich auch nicht sagen, weil ich nicht über Köpfe entscheiden kann, wann wir jetzt zeitlich ... Das Interesse ist allseits sehr groß, dass wir hier tatsächlich jetzt im Jahre 2017 zum Abschluss kommen, aber der Abschluss liegt nicht allein in unserer Hand, weil wir hier eben tatsächlich auf viele beteiligte Partner angewiesen sind.

Abg. Michael Kruse: Gestatten Sie noch eine Nachfrage. Also ich habe jetzt Ihren Ausführungen entnommen, dass Sie uns den konkreten Zeitplan entweder nicht vorlegen können oder nicht vorlegen wollen. Ich glaube, jeder hier im Ausschuss hat Verständnis dafür, dass, wenn es Entscheidungen gibt, die beispielsweise bei der EU-Kommission liegen, dass man darauf keinen Einfluss hat, dass sich ganze Projekte darüber verschieben können. Das ist alles jedem hier klar und ich glaube, daraus würde Ihnen keiner einen Vorwurf machen. Aber bisher ist der Stand, dass Sie uns eine Slide gegeben haben. Diese Slide ist nicht mehr aktuell. Sie haben uns aber die neue auch nicht gegeben, die haben Sie aber der Presse gegeben bei Ihrer Vorstellung des Jahresausblicks. Das heißt, ich stelle als Erstes einmal fest, der Informationsstand dieses Ausschusses fällt noch hinter den sehr dünnen Informationsstand zurück, den Sie der Presse geben. Das einmal Ad eins.

Da frage ich mich natürlich, wenn Sie es der Presse schicken können, könnten Sie es uns auch schicken, aber, ehrlich gesagt, das ist ja Ihre Entscheidung, das möchte ich jetzt nicht weiter kommentieren. Ich kann darüber nur sehr verwundert sein, zweitens.

Und drittens, wenn Sie diese Informationspolitik so weiterführen, dann werden wir uns als Opposition ja gar nicht anders zu helfen wissen, um die Arbeit Ihres Hauses angemessen beurteilen zu können, als hier über Aktenvorlageersuchen zu operieren. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank. Wollten Sie etwas dazu sagen, Herr Senator?

Senator Frank Horch: Nein.

Vorsitzender: Gut. Vielen Dank, Herr Kruse. Ich sehe soweit auch keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Tagesordnungspunkt.

Und dann haben wir das besprochen, HPA next. Es geht dann ein entsprechender Bericht an die Bürgerschaft.

Zu TOP 5

Wir kommen dann zu Tagesordnungspunkt 5: Verlauf der Gerichtsverhandlung zur Fahrrinnenanpassung. Hier: Vorbehaltlich des Beschlusses über eine Selbstbefassung gemäß Paragraph 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft.

Wer dieser Selbstbefassung so zustimmen möchte, den bitte ich bitte um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Keiner. – Wer enthält sich? – Keiner. – Das ist dann einstimmig so beschlossen. Wer wünscht das Wort?

(Zuruf: Der Senat sollte noch etwas sagen!)

Dann bitte, Herr Senator.

Senator Frank Horch: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Mit dem Hintergrund der Bedeutung der Fahrrinnenanpassung für Hamburg will ich gerne noch einmal die generellen aktuellen Zusammenhänge erläutern. Ich will in der Grundsätzlichkeit auch mit der wirtschaftlichen Bedeutung hier auf die Dinge nicht eingehen, ich konzentriere mich hier auf die gerichtliche Seite und das Ringen hier mit unserem Planfeststellungsverfahren, dieses komplexe Projekt eben möglichst kurzfristig zum Abschluss zu bringen. Über die Gerichtsverhandlung in Leipzig kann ich berichten, wir haben zweieinhalb Tage dort gesessen und mit ungefähr 20 offiziellen Prozessvertretern vom BUND und Hamburg immer dabei auch noch einmal betont, wir sind nicht der alleinige Beklagte, sondern beklagt sind eben die Bundesrepublik Deutschland und wir. Und ebenso viele Vertreter wie von unserer Seite waren eben auch von den Umweltverbänden in der dortigen Verhandlung mit vertreten.

Weiter sind natürlich viele Interessenvertreter des Wasserschiffahrtsamtes, des Bundesverkehrsministeriums da gewesen, Hafenwirtschaft, Betriebsräte aller, EUROGATE, Presse, Medienvertreter. Also von der Seite her war es, um die Situation darzustellen, schon eine extrem hohe Beteiligung an diesen zweieinhalb Tagen dort in Leipzig.

Für diese Verhandlung, für die sogenannte mündliche Verhandlung hatte uns das Gericht einen Fragenkatalog vorgelegt, strukturiert mit 31 Einzelfragen, die ausschließlich in dieser Phase auf den Gebieten des europäischen Umweltrechtes ausgelegt waren. Die meisten Fragen, das will ich hier auch sehr deutlich sagen, konnten zur positiven Überzeugung des Gerichts ausgesagt und dargestellt werden. Von der Seite her gab es da keinerlei Rückfragen und man hat die Dinge eben auch mit hoher Akzeptanz zur Kenntnis genommen.

Unterschiedliche Auffassungen, meine Damen und Herren, verblieben bei der Auslegung und eben auch der Anwendung des europäischen Umweltrechtes, und zwar sowohl bei der

Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, sprich eben den daraus resultierenden Kohärenzflächen, als auch und im Besonderen in Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie.

Wir haben es hier mit zwei komplexen Gebieten zu tun und die Wahrscheinlichkeit, meine Damen und Herren, dass es bei diesen bestimmten Auslegungsfragen zum europäischen Umweltrecht erneut, das will ich auch vorweg sagen, dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt wird, das scheint mir gering, weil eben tatsächlich in der mündlichen Verhandlung deutlich wurde, dass wir hier den Fragen entsprechend gerecht geworden sind. Und es ist auch nicht davon auszugehen, dass jetzt mit diesem Hintergrund in dem Stand des gesamten Planfeststellungsverfahrens hier der Europäische Gerichtshof noch einmal zu Rate gezogen wird.

Mit einem Urteil, wir alle wissen es, ist am 9. Februar in diesem Jahr das Gerichtsverfahren beendet. Das ist einfach der Prozessverlauf, den man sehen muss. Und das Projektschicksal hängt vom Inhalt des Urteils ab. So nüchtern muss man die Dinge sehen. Und nach meinem Eindruck, meine Damen und Herren, wurde für die Vorbereitung dieses fürwahr größten Planfeststellungsverfahrens in der Bundesrepublik Deutschland alles Machbare auf den Weg gebracht, was wir tun können. Die Bedingungen, unter denen dieses Projekt verfochten wird, sind natürlich, wie ich gerade ausgeführt habe, unter den Umweltgesichtspunkten oder den Auslegungskriterien, den fortschreitenden und teils überholenden Europäischen Umweltschutzvorschriften und eben auch der Urteile, die damit im Zusammenhang stehen, nicht ohne Weiteres von uns abzuändern. Und man muss hier eben auch eines sehen: In diesem langen Prozess, wo ja auch über diese Zeitdauer europarechtliche Veränderungen eingetreten sind, ist natürlich der Beklagte immer in einer etwas schwierigen Lage im Gegensatz zum Kläger, der immer sehr schnell wieder neue Forderungen aufwerfen kann. Und, wie ich noch einmal betonen möchte, handelt es sich hier in Auslegung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie um einhundertprozentige Pionierarbeit. Das hat es in Deutschland noch nie gegeben und deshalb ist es jetzt nicht nur für die Elbe, sondern eben auch, und das betone ich, bezüglich der Gesamtauslegung für Deutschland, was eben Planfeststellungsverfahren angeht, von außergewöhnlicher Bedeutung, um hier die Dinge letztendlich auf einen Weg zu bringen.

Und ich wiederhole noch einmal, dass wir bei allen Komplexitäten, die hier sind, uns in dieser mündlichen Verhandlung sehr gut geschlagen haben. Das können viele der Prozessbeobachter schon auch unterstreichen. Und bestimmte Dinge, meine Damen und Herren, die erklären sich bei so einem Verfahren und in der Situation unter dem Umweltrecht und Wasserrahmenrichtlinie und viele weitere Dinge, ist es eben ja auch von der klagenden Seite eine Prozessstrategie, und immer wieder mit methodischen Ansätzen, auch mit Rechenmodellen hat es alles eine Komplexität, die nicht eben in einer einfachen Form mit Ja oder Nein zu beantworten ist.

Und dann muss ich auch in dieser Runde sagen, bei aller Wichtigkeit des Projekts müssen wir auch in der grundsätzliche Verantwortung, die wir dafür haben, ein waches Auge auf die gesamte Situation, sprich auch auf die Kostenseite oder auf die Preisliste eines solchen Verfahrens setzen. Wir haben es hier mit einem Verfahren ungemainen Ausmaßes zu tun. Das heißt also, in den Fragestellungen und auch in den Forderungen, die gestellt werden, von den Verpflichtungen, die wir auf uns nehmen, können wir nicht mal sagen, damit wir weiterkommen, sagen wir ja, wir machen das. Das hat also in Kohärenzen, das hat in Bewirtschaftung ungemaine Ausmaße.

Ich will einmal so ein Beispiel nennen: Die Ausweitung der Süderelbe ist immer wieder einmal gekommen. War jetzt gar nicht aktuell, aber da kann man nicht einmal sagen, ja, dann machen wir das einmal eben. Das sind Hunderte von Millionen, die solche Forderungen sind.

Das heißt, wir müssen eben auch in der Beantwortung eine hohe Verantwortung für die Verantwortung und für das Machbare sehen. Und dann kommen eben die Dinge, was die Tiefenhaltung, was die Schlickunterbringung, was die völlig neuen Unterwasserbauwerke angeht, das sind eben auch Verantwortlichkeiten für die Zukunft, die wir sicherstellen müssen. Und wenn wir hier eben ... Tatsächlich immer wieder bei allem, was wir tun und auch in wissenschaftlichen Studien, die angestellt worden sind, haben wir es immer mit einem Naturgewässer zu tun. Das ist so und das bleibt so und von der Seite her ist dieses eben auch in der Verhandlung, wenn da manchmal vielleicht etwas eine zögerliche Antwort oder nicht die sofortige Bereitschaft an den Tag gelegt wurde, so ist es damit zu erklären, dass wir hier auch eine über die vielen Jahre Gesamtverantwortung haben. Und da kann man nicht immer nur sagen, machen wir, machen wir, sondern hier geht es eben auch tatsächlich, das Machbare und das Umsetzbare immer wieder vor Augen zu haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir das Verfahren nehmen, ich sage, wir haben alles getan. Und ich fühle mich dabei recht gut, wenn man den fachlichen Hintergrund nimmt. Voraussagen kann keiner etwas, kann auch ich nicht. Und so ist jetzt eben in dem Stand der Dinge die Gerichtsentscheidung am 9. Februar 2017 abzuwarten. Und ich kann nur hoffen. In der Bedeutung für den Standort hier im Hamburger Hafen, aber auch weit darüber hinaus, ist es eine weittragende Entscheidung. Ich hoffe auch, dass eben die gesamte volkswirtschaftliche Bedeutung, die dieses Verfahren aufzeigt, berücksichtigt wird. Und ich muss auch da die Einschränkung machen, das interessiert ein Bundesverwaltungsgericht nicht in erster Linie. Die gehen nach dem Buchstaben des Gesetzes und nicht nach Hafenumschlag und sonstigen Dingen, sondern da wird die rechtliche Lage, deswegen heißt es auch Bundesverwaltungsgericht, erörtert und auch in die Entscheidung einbezogen. Von der Seite her müssen wir einfach abwarten, aber, um immer noch einmal meine Meinung aufzuzeigen, ich bin nach der geleisteten Arbeit, nach allen vorbereitenden Dingen und auch nach den Erkenntnissen dieser mündlichen Verhandlung insgesamt positiv, dass wir in dieser Entscheidung am 9. Februar 2017 weiterkommen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Wünscht einer der Kollegen das Wort? Herr Kruse bitte, Michael Kruse.

Abg. Michael Kruse: Ja, vielen Dank, Herr Senator. Wir unterstützen Sie natürlich auch weiterhin darin, dass das jetzt gelingt, auch wenn wir bis zum hoffentlich dann endgültigen Urteil am 9. Februar 2017 ja jetzt keinen unmittelbaren Einfluss mehr darauf üben können, aber selbstverständlich stehen wir auch weiterhin hinter diesem Projekt. Und auch deswegen haben Sie auch zwischen den Tagen von uns interessierte Nachfragen dazu bekommen, welche konkreten Maßnahmen Sie eigentlich wann eingeleitet hatten und was sich da in den Details verändert hat.

Und damit würde ich auch gern beginnen wollen. Ich würde gern noch einmal auf diese Anfrage, die ähnlich wie die zu HPA next, die ich zum letzten Tagesordnungspunkt schon zitiert habe, ähnlich unbefriedigend beantwortet worden ist, zwei, drei Dinge detailliert nachfragen.

Ich habe ja gefragt, warum das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb für die Baumaßnahmen Vorsetzen-Köhlbrand, das kennen Sie, erst im Dezember 2016 gestartet worden ist. Und dann haben Sie mir geantwortet: "Der Teilnahmewettbewerb kann nur sinnvoll durchgeführt werden, wenn man nach dessen Abschluss möglichst zeitnah mit dem Verhandlungsverfahren starten kann." Ehrlich gesagt, ja, klar, so ist das bei Ausschreibungen. Aber trotzdem lautet ja die Frage, warum ist dieses Verfahren nicht im Sommer 2016 bereits gestartet worden, denn das haben Sie ja am 9. Februar 2017 nicht beendet, sondern das dauert noch länger. Das heißt, Sie hätten das schon komplett vorbereiten können in der Erwartungshaltung, dass man dann am 9. Februar 2017 tatsächlich in die nächste Stufe der

Ausschreibung, die ja ohnehin noch einmal Zeit dauern wird, dass man dann direkt in diese nächste Stufe einsteigen kann. Also warum ist diese Maßnahme nicht schon früher, insbesondere zum Beispiel im Sommer 2016 gestartet worden? Sie haben die Frage nicht beantwortet und auch das ist ja bei Schriftlichen Kleinen Anfragen häufig schon Antwort genug.

Vorsitzender: Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Herr Meier bitte.

Herr Jens Meier: Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, bei solchen Vorhaben ist es ja so, dass man im Gesamtprojektmanagement für so ein Projekt sich immer anschaut, für welche nächsten Aktivitäten man seine Ressourcenplanung einsetzt. Und wenn wir uns die aktuelle Situation anschauen, in der Balance sozusagen zwischen dem Wunsch nach Schnelligkeit einer Projektumsetzung nach einem hoffentlich positiven Urteil und das Ganze im Einklang mit der gesamten Umsetzungsgeschwindigkeit für das Projekt sinnvoll abzuschließen und mit den Umweltschutzaspekten, dann muss man hier zwei wesentliche Dinge nennen.

Man hat gewisse Vorgaben, wie lange entsprechende Unterwasserablagerstellen in dem Projekt offen sind, um nachher letztendlich Grund und Boden aus der Elbe umlagern zu können. Da gibt es einen begrenzten Zeitraum und da macht es keinen Sinn, wenn man am Anfang hektische Aktivitäten startet und am Ende letztendlich mit seinem Gesamtprojektmanagement nicht hinkommt. Und zum anderen muss man sich in der Priorisierung bei so einem Projekt natürlich die Frage stellen, was bringt dem Hamburger Hafen und den Kunden des Hamburger Hafens den schnellsten Nutzen. Und ich denke, Sie wissen alle, wenn man sich die Fahrrinnenanpassung insgesamt anschaut, das ist ja auch schon ein wenig berichtet worden, da hatte man ja vor vielen Jahren den Fokus darauf gesetzt, dass man vielleicht zunächst strategisch – das ist ja auch in Abstimmung mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung entstanden – auf schnelle Vertiefungsaspekte geht. Und man hat dann in vielen Gesprächen über die Zeit des laufenden Verfahrens jetzt eben sich darauf verständigt, zunächst Verbreiterungsaktivitäten zu beginnen und dann in die Vertiefung zu gehen und dann die endgültigen Schritte vorzuziehen. Und der Köhlbrand ist insgesamt, würde ich jetzt einmal so bezeichnen, nicht auf dem kritischen Pfad, denn im Wesentlichen gilt es, die Erreichung der großen Terminals zu erreichen, wo diese großen Schiffe ja vordergründig jetzt hinfahren sollten, und wie Sie ja alle wissen, haben wir im Köhlbrand noch das Thema, dass die ganz großen Schiffe unter der Brücke nicht durchpassen. Insofern macht es auch aus der Zufahrtsicht keinen unmittelbaren Sinn, dieses Projekt extrem nach vorne zu ziehen. Das heißt, es hat etwas mit dem Gesamtprojektmanagement zu tun, dass man auf der einen Seite, wie es auch damals schon der Senat gesagt hat, dass angestrebt wird, sechs Monate nach Baubeginn erste Verbesserungen für die Kunden zu erreichen und dann möglichst, ich sage einmal, im Wesentlichen nach zwei Jahren den optimalen Kundennutzen herzustellen und dann die Restarbeiten des Projektes abzarbeiten. Und daran haben wir uns im Wesentlichen orientiert und, na ja, man hat dann im Laufe des Projektes eben hier einfach Veränderungen vorgenommen. Das ist nichts sozusagen besonders Hintergründiges. Ich glaube, das hat etwas mit optimalem Projektmanagement zu tun nach Beginn eines positiven Beschlusses.

Senator Frank Horch: Wenn ich noch einmal ergänzen darf bezüglich der Vorgänge, wie ich es auch am Anfang über diesen jahrelangen Prozess, was das Umweltrecht angeht, was Umweltschutzmaßnahmen angeht. Man muss sich vor Augen führen, dass da natürlich auch Gesetzgebung und Maßnahmen zum Teil sich überholt haben, wir immer wieder Anpassungen vornehmen müssen und auch darauf vorbereitet sein müssen, dass hier eben tatsächlich auch Veränderungsprozesse sind von umweltrelevanter Seite. Dieses, was Herr Meier ausgeführt hat, ist in erster Linie einer Tatsache geschuldet, dass natürlich die Schiffsgrößen

in einem Maße sich jetzt in den letzten Jahren verändert haben, um dann eben auch noch einmal etwas erklärender auszuführen, dass jetzt von Vertiefung, es war ja immer über Jahre das Thema, dass die Ziele darin liegen, das ist ja auch in Prospekten beschrieben, von der Erreichbarkeit der Elbe uneingeschränkt 12,50 Meter, mit dem Erreichen mit der Tide auf 13,50 Meter, tatsächlich, was das Hochwasser angeht, und auf 14,50 Meter, um eben tatsächlich mit der Tide dann – das Erste, was ich genannt habe, war tideunabhängig – die Dinge zu gestalten.

Diese Tiefenseite hat in der Tat in der letzten Zeit durch die enorm wachsenden Schiffe, was ja keiner hat vorhersehen können, das Bemessungsschiff ist und bleibt, und das sind eben auch in so einem Planfeststellungsverfahren wichtige Kriterien, man kann jetzt nicht immer in so einem Planfeststellungsverfahren sagen, jetzt ändern wir einmal eben die Schiffsgröße von 8 000 TEU, 8 500 TEU auf 14 000 TEU oder irgendwelche Größenordnung, weil damit alle zusammenhängenden Parameter auch in völlig andere Dimensionen gehen. Deswegen haben wir immer daran festgehalten, dass wir eben in den Annahmen der Tiefe, die waren damals ja auch nicht auf die maximale Beladung des Schiffes ausgelegt, sondern eben auf die Tiefen, die ich eben genannt habe, 12,50 Meter, 13,50 Meter, 14,50 Meter. Was uns aber zunehmend heute Schwierigkeiten macht, täglich unter hohen Managementvoraussetzungen mit Elbe Traffic, mit den Lotsen, mit zusätzlichen Schleppern, die wir zum Einsatz bringen müssen, also ein oftmals sehr, sehr schwieriger Prozess, ist eben auch die Begegnung. Und das ist eben der Tatsache geschuldet, dass eben die Schiffe heute mit zum Teil 59 Metern Breite eine Breite haben, die jegliche Begegnung an bestimmten Stellen nicht mehr zulassen.

Und deswegen ist das nicht, dass man jetzt irgendwo etwas verschlafen hat oder einmal eben ändert, ist eben die Begegnung zurzeit eines der großen Probleme und deshalb auch in unserem Prozess, den wir in den letzten Monaten, nicht jetzt seit Anfang dieses Jahres, sondern eben über Monate diskutiert haben, hier jetzt in der Wirksamkeit. Wirksam soll es vom ersten Tage an werden, aber dass wir hier eben in einer möglichst kurzen Zeit den Reedereien in dieser angespannten Situation, die ja viele kausale Zusammenhänge hat, ein möglichst besseres Angebot zu unterbreiten. Und das ist eben gerade das Auslaufen des Hamburger Hafens, auch aufgrund des Tidal Pumpings, das hier immer wieder vorherrscht, dass die Schiffe rauskommen müssen und dann manchmal zeitverzögert Probleme haben. Deswegen ist das die Erklärung dafür, nicht, dass wir hier irgendwas verpasst haben, sondern liegt eben in den letzten vier, drei Jahren daran, dass die Schiffe in der Anzahl und in der Größe eine ganz andere Dimension haben, die nicht auf Tiefe ihre Auswirkungen hat, sondern eben auf die Begegnung.

Vorsitzender: Eine Nachfrage direkt dazu?

Abg. Michael Kruse: Wenn ich direkt dazu dann nachfragen darf, also das heißt, das wäre das von mir eben angesprochene Verhandlungsverfahren, das hätte man ... das wäre rechtlich möglich gewesen, das wäre auch rechtlich zulässig gewesen, es früher zu beginnen. Und Sie sagen jetzt, es war aus Projektmanagementsicht klüger oder ... Ich weiß nicht mehr die genaue Formulierung, aber aus sozusagen Projektsicht haben Sie sich dafür entschieden, Herr Meier in diesem Fall oder Sie können ja noch einmal vielleicht erläutern, wer das eigentlich entschieden hat, haben Sie sich dafür entschieden, das später zu beginnen. Das ist eigentlich ...

Senator Frank Horch: Entschuldigung, Herr Kruse, das ist nicht allein mit später... Sie müssen ja mit Ausschreibungen ... Sie können ja nicht immer lustig Ausschreibungen machen, damit haben Sie auch Verpflichtungen. Und wenn Sie sagen, ich mache noch eine Ausschreibung und noch eine Ausschreibung, dann müssen Sie auch einmal zahlen dafür,

wenn es eben nicht tatsächlich zur Verwirklichung kommt. Und das ist eben das, was Herr Meier angesprochen hat. Das war auch eine Ressourcenfrage, dass wir nicht einmal eben sagen, die Stimmen kenne ich ja auch, die auch gern schon in der Öffentlichkeit diskutiert wurden, warum hat man nicht schon Ausschreibungen. Aber wenn man ausschreibt, muss man auch schon einen klaren Vorgang haben, um den auch zu definieren. Und das ist ja allen bekannt, den haben wir nicht, weil dann auch wieder zeitlich gesehen und dann auch über das Jahr bedingt, bestimmte Dinge zu berücksichtigen sind, weil eben in bestimmten Zeiten bestimmte Dinge nicht möglich sind. Und deswegen kann man jetzt nicht so darauf losstürzen und sagen, wir schreiben jetzt einmal hier lustig alles aus, damit wir da rein formell dem Auftrag gerecht werden. Es ist nicht nur das Gesetz, sondern eben auch der Vorgang von Kosten und Ressourcen.

Abg. Michael Kruse: Aber Sie haben ja durchaus auch die Möglichkeit bei einer Ausschreibung ...

Senator Frank Horch: Ja, Herr Meier, bitte.

Abg. Michael Kruse: Darf ich den Punkt, ich würde ihn gern noch sozusagen zu Ende führen, weil, Sie haben mich jetzt gerade unterbrochen. Sie haben ja durchaus die Möglichkeit, auch Nachverhandlungsklauseln da reinzuformulieren, insofern haben Sie sehr wohl die Möglichkeit, früher zu beginnen. Und das hat nichts mit lustig ausschreiben zu tun, sondern das hat etwas damit zu tun, ist man immer vorbereitet auf den nächsten Schritt und auch, wenn das Bundesverwaltungsgericht dann den Planungsstopp aufhebt, dass man dann gleich in die nächste Stufe gehen kann. Deswegen ist das aus meiner Sicht schon eine sehr relevante Fragestellung auch. Und deswegen möchte ich noch einmal die Frage stellen, wäre es rechtlich möglich und zulässig gewesen, das Ganze früher zu beginnen. Und wenn es denn aus Projektsicht so klug ist, nicht zu sagen, wir beginnen vier oder sechs Monate früher, als wir es getan haben, was sind dann die konkreten Gründe, die aus Projektsicht für genau diesen zeitlichen Ablauf sprechen? Also was ist denn der Projektgrund, etwas später zu beginnen, was man auch früher beginnen kann? Wenn Sie die Frage beantworten könnten. – Vielen Dank.

Senator Frank Horch: Herr Meier.

Herr Jens Meier: Ja, also die eigentlichen Ausschreibungen dürfen wir ja bei solchen Projekten erst machen, wenn sie am Ende den Beschluss haben, aber ein Teilnahmewettbewerb und Vorauswahlen hätten Sie natürlich theoretisch auch schon fünf Jahre vorher starten können, es macht nur keinen Sinn. Sie wollen ja in dem Verfahren zeitnah sozusagen interessante Firmen auswählen, so ähnlich, wie das beim Baggern läuft, mit Präqualifikationsverfahren, damit Sie dann, wenn das Projekt losgeht, eine optimale Projektsynchronisation herbekommen. Und ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, weil, das ist eben ein sehr komplexes Verfahren, das muss alles ineinandergreifen. Und ich habe es eben versucht, in zwei, drei Worten zu erklären, wenn Sie Materialien verbringen wollen in Unterwasserablagerstellen, dann haben Sie dafür einen vorgegebenen Zeitraum. Wenn Sie die Unterlagen zur Elbe aufmerksam gelesen haben, dann haben Sie dort 21 Monate Zeit. Und wenn Sie da vorher Mengen erzeugen oder zu spät, dann werden Sie die nicht mehr los. Und deswegen, das ist ein integriertes Projektmanagement. Und diese, ich habe Ihnen doch eben einen zweiten Punkt genannt, man kann sich natürlich eben auch die Frage stellen, was prioritär wichtig ist, wann man mit was beginnt. Und da ist eben auch dieser zweite Aspekt, der dann am Ende eine Rolle spielen kann hier im Köhlbrand, dass der Köhlbrand sozusagen, wenn man das integriert in den Projektablauf, eben nicht als Erstes sozusagen mit dem physischen Bau begonnen werden muss, weil dort nicht der Hauptengpass ist, den wir gerade bei dem Projekt Fahrrinnenanpassung haben. Das heißt, wir haben versucht, das Verfahren

so auszulegen, dass dieses Ziel, das wir anstreben, nach Baubeginn eine Verbesserung für die Kunden des Hamburger Hafens so nach etwa einem halben Jahr zu erreichen. Das ist so in etwa das Ziel, auch am Ende da gegebenenfalls das geringfügig verfehlt, das werden wir noch sehen, aber wir haben versucht, das Projektmanagement darauf zu optimieren. Und hier wird das sozusagen immer auf Einzelbauprojekte dann gegebenenfalls reduziert. Nein, das ist ein gesamtcomplexes Verfahren, wo es einen klaren Ablauf gibt, wo Sie Randdämme machen müssen, wo Sie Unterwasserablagerstellen vorbereiten müssen und wenn die so weit vorbereitet sind, dann läuft die Uhr gegen Sie, weil, dann müssen Sie auch in der Lage sein, innerhalb von dieser vorgegebenen Zeit, die im Planfeststellungsverfahren, wenn das Gericht dann positiv bescheidet, dann müssen Sie auch in der Lage sein, die Mengen dann dort hinzubringen, ansonsten haben Sie nachher am Ende ein Riesenproblem, weil Sie die Mengen nicht mehr loswerden oder nur noch gegen gigantische Geldmittel. So, das ist ein wesentlicher Aspekt.

Senator Frank Horch: Ich möchte das über Herrn Bösingerg noch ergänzen, immer mit der Betonung, wir sind hier nicht alleine, wir haben mit der WSV, mit der Wasserschiffahrtsverwaltung einen Partner und wenn das noch einmal etwas erläutert wird, wie auch hier das Zusammenspiel zwischen WSV und HPA aussieht.

Staatsrat Dr. Rolf Bösingerg: Das war einfach die Ergänzung, wir sind ja nicht allein hier auf dem Platz letztlich, wir sind zusammen mit der Wasserschiffahrtsverwaltung im Boot und das kommt einfach mit dazu, was man sehen muss. Und mit dem Hinweis, im Projekt nimmt man sozusagen auch eine Gewichtung vor, was will man als Erstes erreichen. Und das hat ja Herr Meier auch gesagt, es geht um die Verbreiterung, weil wir einfach sehr schnell Erfolge auch sehen wollen, auch für die Schifffahrt. Und das ist eine Maßnahme, die auch zusammen mit dem WSV, HPA und WSV, die Planer sozusagen auch jetzt mit auf den Weg bringen. Das muss man einfach in dem Zusammenhang auch sehen. Deswegen auch noch einmal: Die Priorität wird eher auf die Verbreiterung gesetzt und insofern erklärt sich auch, warum der Köhlbrand nicht früher ausgeschrieben wurde, sondern erst jetzt im Dezember.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Staatsrat. Hatten Sie also keine Nachfrage? Weil, ich würde sonst gern jetzt so weitergehen. Ich habe dann erst Nächstes Herrn Seeler, dann Herrn Niedmers und dann Herrn Hansjörg Schmidt. Herr Seeler bitte.

Abg. Dr. Joachim Seeler: Die Fragen der FDP basieren auf einer völlig falschen Einschätzung der Faktenlage. Ich meine, man muss sich ja nur in Erinnerung rufen, was wir hier im Ausschuss debattiert haben. Wir haben im Sommer überhaupt erst erfahren, dass es den Termin im Dezember geben wird. Und die Frage, einen Teilnahmewettbewerb zu starten mit der Frage, warum nicht schon im Sommer, wo wir über eine lange Strecke den Termin 19. bis 21. Dezember überhaupt nicht kannten, beantwortet die Frage ein großes Stück schon für sich. Und dann wussten wir, und das haben wir hier diskutiert, wir wussten nicht, was kann da eigentlich rauskommen. Und deswegen halte ich persönlich dieses Ergebnis vom Dezember auch unter dem Aspekt als gutes Ergebnis. Es hätte ja auch sein können, dass eine neue EuGH-Befassung dort rauskommt. Das ist nicht rausgekommen, sondern wir haben jetzt, und ich glaube, das ist auch hilfreich in der Kommunikation nach außen und für alle Kunden des Hamburger Hafens, wir wissen jetzt, wir kommen jetzt zu einem finalen Beschluss, und zwar am 9. Februar 2017. Was hätten wir denn hier diskutiert, wenn es zu einer neuen EuGH-Befassung hätte kommen können jetzt im Dezember und die Behörde hätte schon längst einen Teilnahmewettbewerb gestartet? Wie hätte das denn ausgesehen? Das macht doch gar keinen Sinn. Also in der Zeitschiene ist doch das, was jetzt passiert ist, dass wir erstens natürlich erst einmal zur Kenntnis genommen haben, wann das Verwaltungsgericht in Leipzig überhaupt entscheiden will beziehungsweise wann die mündliche Anhörung ist, sprich, das haben wir im Sommer erfahren, im Spätsommer, 19. bis 21. Dezember. Dass

wir dann abgewartet haben, was kommt da raus und dass wir dann sauber abarbeiten, diesen Teilnahmewettbewerb dann so schnell wie möglich auf den Weg bringen, erstens. Zweitens, wir sind ja hier in öffentlicher Sitzung, solche Themen werden über Bande gespielt. Und über Bande spielen heißt auch, dass man vielleicht sich erinnert, dass es am 17. Oktober 2012 einen Baustopp des Bundesverwaltungsgerichts gegeben hat. Das heißt, dieses Gericht hat schon sehr sensibel reagiert, als damals schon erste Vorarbeiten begonnen worden sind. Und natürlich findet eine solche Vorbereitung einer mündlichen Verhandlung auch dadurch statt, dass man das Gericht nun nicht unbedingt auch noch provoziert und sagt, na ja, wir gehen schon einmal voll in die Ausschreibung, bereiten alles vor und präjudizieren faktisch schon einmal eine Entscheidung des Gerichts. Das sollte man ja nun möglichst vermeiden. Und deswegen ist das über Bande spielen auch wichtig, dass man dieses Gericht nicht plötzlich vor vollendete Tatsachen stellt, bevor es überhaupt zu einer Entscheidung gekommen ist, das ist eine Abwägungsfrage zugegebenermaßen, aber ich glaube, es ist sehr weise, so, wie gehandelt worden ist, hier vor dem 19. Dezember 2016 das Gericht jetzt nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen, denn ich empfehle, noch einmal die Beschlussbegründung zu lesen vom 17. Oktober 2012, wo sehr sensibel vom Gericht darauf eingegangen worden ist, sofort mit dem Bau aufzuhören. Und das alles zusammengenommen, ergibt doch jetzt die Zeitschiene, wann ist was gemacht worden. Und ich glaube, das Wichtige ist, dass, wenn wir nun am 9. Februar 2017 hoffentlich dann den positiven Beschluss bekommen, dass wir dann wissen, dass in den nächsten 24 Monaten, vielleicht maximal 30 Monaten diese Fahrrinnenanpassung vollzogen wird, sprich bis Mitte 2019. Und das ist dann das Ziel, an dem dann alle arbeiten müssen. Aber ich glaube, hier irgendetwas draus zu konstruieren ... Warum das nicht schon im Sommer 2016 ausgeschrieben worden ist beziehungsweise ein Teilnahmewettbewerb gestartet worden ist, ergibt sich schon aus der Zeitschiene, die so etwas auf keinen Fall zugelassen hätte.

Senator Frank Horch: Herr Vorsitzender?

Vorsitzender: Vielen Dank. Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Da das ein entscheidender Punkt ist auch gerade, was den juristischen Hintergrund angeht in diesem Verfahren, welche Entscheidungen in den Jahren 2014, 2012 jetzt zu diesem Verfahren getroffen sind. Deswegen würde ich gern Herrn Dr. Aschermann noch einmal kurz das Wort geben, um eben auch noch einmal den Sachstand in diesem Verfahren, die Handlungsspielräume und eben auch, was den juristischen Hintergrund angeht, noch einmal in kurzer Form darzustellen, damit wir eben auch dieses immer vor Augen haben, es ist hier nicht nur Bagger bestellen und los, sondern eben, was Herr Dr. Seeler eben schon angeführt hat, Wir haben es hier auch mit dem Bundesverwaltungsgericht zu tun, wo wir auch nach klaren Grundsätzen und rechtlichen Voraussetzungen handeln dürfen. Ich würde deshalb Herrn Dr. Aschermann noch einmal kurz bitten, einfach noch einmal, was den Ablauf des Verfahrens und was den Status angeht, die Situation kurz zu schildern.

Herr Dr. Hans Aschermann: Ja, vielen Dank. Herr Horch hatte es vorhin erwähnt, viel hängt natürlich ab von dem Inhalt des Urteils. Und das ist die entscheidende Verknüpfung zu der Frage, weshalb es eigentlich unklug ist, jetzt eine Leistungsbeschreibung sehr aufwendig erarbeiten zu lassen und dann darauf basierend einen Teilnahmewettbewerb zu starten oder auch eine Ausschreibung, weil wir bis zum heutigen Tage überhaupt nicht wissen, wie die Entscheidung nachher ausgehen wird. Und wer bei der mündlichen Verhandlung anwesend war, hat erlebt, dass selbst in einer mündlichen Verhandlung möglicherweise die Lage so sein kann, dass die Behörden auch ihre Nebenbestimmungen anpassen. So ist das auch passiert in der Zeit vom 19. bis 22. September. Auch dort haben die beklagten Ausbauverwaltungen ihre Nebenbestimmungen verschärft auf Hinweis des Gerichts hin. Hätte man zu diesem Zeitpunkt eine fertige Leistungsbeschreibung gehabt, dann wäre sie in diesem Punk-

te Makulatur gewesen, man hätte sie ändern müssen und von vorne anfangen müssen. Von daher spricht einiges dafür, den Inhalt und den Abschluss dieses Verfahrens abzuwarten, weil man dann die inhaltliche Klarheit über das hat, was man dann zügig zur Ausschreibung bringt. – Danke schön.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Aschermann. Herr Niedmers, Sie sind als Nächster auf der Liste.

Abg. Ralf Niedmers: Ja, der Tagesordnungspunkt lautet ja auch "Verlauf der Gerichtsverhandlung zur Fahrrinnenanpassung". Wenn wir uns da jetzt einmal so ein bisschen dran orientieren, dann ist ja im Wesentlichen alles gesagt worden. Die CDU-Fraktion hofft, dass die Richter am Bundesverwaltungsgericht am 9. Februar 2017 dann entsprechend positiv urteilen werden. Und wir verbinden damit natürlich auch die Hoffnung, dass die Beteiligten ihre Arbeit so gut gemacht haben, dass es am Ende eine Entscheidung gibt, die möglicherweise dann noch, wie der Senator das ja eben auch schon andeutete, als Nebenbestimmung dann einen unglaublich hohen finanziellen Aufwand nach sich ziehen kann, sodass Infrastrukturprojekte in der Bundesrepublik Deutschland am Ende so teuer werden, dass der Grenznutzen möglicherweise überschritten wird. Das ist aber alles sehr, sehr schwer hier in der Ausschusssitzung zu beurteilen und ich glaube, Oberziel muss jetzt erst einmal sein, dass wir alle gemeinsam wünschen, dass es eine Entscheidung gibt, die die Zukunftsfähigkeit der Stadt sichert und Zigtausende von Arbeitsplätzen sichert, denn – ich kann das hier immer nur wiederholen – es scheinen ja aber auch einige Protagonisten, von denen es ja auch Regierungsbeteiligte gibt, immer wieder zu vergessen, ohne Wirtschaft ist alles nichts. Und hier nur Sandburgen bauen, damit werden wir mit Sicherheit unseren Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit dieser Stadt nicht sichern. Das braucht man aber auch nicht mantrahaft ständig zu wiederholen, aber an dieser Stelle ist vielleicht noch einmal angebracht, dass auch jetzt diejenigen, die einige Jahrzehnte lang geglaubt haben, mit diesem Gedanken hier das Land weiter voranzubringen, ja inzwischen auch schon Zeitungsmeldungen wahrnehmen müssen, wonach es möglicherweise bei der Bundestagswahl richtig in den Keller gehen könnte. Und vielleicht bringt das diese Menschen dann auch einmal ein bisschen zum Umdenken.

Und die wahre Frage, die wir uns hier stellen müssen, ist doch auch noch eine ganz andere. Das eingeführte Verbandsklagerecht führt in der Struktur, wie es sie jetzt in der Bundesrepublik Deutschland gibt, am Ende zu solchen Ergebnissen, die wir hier alle auch ständig beklagen. Und vielleicht wird dann eine neue Bundesregierung sich auch einmal dieser Sache annehmen, wie man möglicherweise das Verbandsklagerecht zukünftig ein wenig nachjustieren kann, um solche ... Ich hörte gerade hier von nebenan, abschaffen. Das ist ja auch ein Denkmodell, aber zumindest in einer ersten Stufe einmal darüber nachdenken kann, wie man es so modifiziert, dass solche Exzesse, will ich es einmal nennen, wie sie jetzt hier beim Thema Fahrrinnenanpassung stattgefunden haben, in Zukunft vielleicht nicht mehr stattfinden. Und das ist ein großes Thema. Das werden wir aber heute Abend hier auch nicht lösen können.

Was ich mitgenommen habe aus der Berichterstattung, ist zum einen, dass Senator Horch sagt, wir waren tipptopp aufgestellt, haben das alles super gemanagt beim Bundesverwaltungsgericht. Einige andere Pressevertreter haben ja auch geschrieben, dass Hamburg zeitweise nicht so gut aufgestellt gewesen ist. Das kann ich aber auch nicht beurteilen, weil ich eben auch nicht im Gerichtssaal anwesend war. Das nehmen wir einfach einmal so hin. Und wir hoffen einfach, dass die Beklagtenseite in diesem Gerichtsverfahren so gut aufgestellt war, dass es am Ende reicht und dass wir uns dann tatsächlich ein bisschen mehr damit auseinandersetzen, wie schnell Sietas das nächste Baggerschiff fertig baut, sodass wir genügend Kapazitäten haben und auch künftig kostengünstiger vielleicht

die gewünschten Wassertiefen herstellen können. Das sind doch eigentlich die Kernfragen, die uns dann beschäftigen sollten.

Und für heute wäre es aus Sicht der CDU-Fraktion einfach noch einmal festzustellen, dass wir hier eigentlich ein Verfahren haben oder im Grunde genommen ein typisches Beispiel haben, dass ein gutgemeintes, einmal eingeführtes Verbandsklagerecht am Ende des Tages so unglaubliche Auswirkungen hat auf die Wirtschaft eines Bundeslandes oder auch mehrerer Bundesländer, dass wir da wirklich in Zukunft ernsthaft darüber nachdenken müssen, ob wir uns das weiterhin so antun wollen oder nicht. Und da sind die Bürgerinnen und Bürger eben am 17. September 2017 oder später auch gefragt, dann klare Entscheidungen zu treffen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Niedmers. Dann ist Herr Hansjörg Schmidt dran. Bitte sehr.

Abg. Hansjörg Schmidt: Meine Vermutung ist ja, dass auch ohne Verbandsklagerecht es genug Einzelinteressen gegeben hätte, die ein Recht gehabt hätten, dagegen zu klagen. Insofern sind das alles hypothetische Fragen.

Ich möchte aber noch einmal einen Punkt sagen. Wir haben ja diese Woche die Elbphilharmonie eröffnet und an der Elbphilharmonie kann man ja sehr exemplarisch sehen, was passiert, wenn man anfängt mit einem Großprojekt, das sehr komplex ist, ohne vernünftige Pläne zu haben, dann läuft einem das aus dem Ruder, sowohl was Zeit als auch Kosten betrifft. Und aus den Erfahrungen hat diese Stadt ja sehr gut gelernt. Und deswegen ist es auch richtig, erst dann mit Dingen zu beginnen, wenn man auch genau weiß, was man eigentlich machen darf. Und wir haben das ja jetzt auch an den Tagen der Verhandlung erlebt, dass mitten in der Verhandlung halt bestimmte Dinge dann eben auch eingeräumt wurden, die komplett andere Verfahren nach sich ziehen. Und da muss man auch sagen, das ist für beide Seiten ja etwas. Also, jeder Unternehmer, der an solch einem Ausschreibungsverfahren sich beteiligt – und ich habe in meinem Leben genug Angebotsverfahren mitgemacht –, und wenn dann mitten im Angebotsverfahren sich auch noch die Spielregeln ändern, ist das für beide Seiten misslich, also sowohl für den Auftraggeber als auch für den Auftragnehmer eine sehr bescheidene Situation, die auf beiden Seiten auch Kosten verursacht, die wahrscheinlich sich dann auch für denjenigen, der ja auch sein Unternehmen auf so etwas gründet, nicht mehr rentieren. Also, insofern ist es das richtige Vorgehen, das der Senat hier gemacht hat.

Aus unserer Sicht noch einmal abschließend: Die Infrastrukturmaßnahme Fahrrinnenanpassung ist die allerwichtigste Maßnahme, die die Stadt wahrscheinlich in unserer Generation durchführen wird. Insofern ist es richtig – und wir haben es da heute ja auch festgestellt wieder –, dass man da sehr detailliert und sehr konsequent auch den Sachen hinterhergeht. Und wir hoffen alle, also zumindest die Seite hier des Tisches, dass im Februar 2017 dann auch ein positives Ergebnis bei diesem Urteil dann herauskommt und freuen uns dann über die positive Berichterstattung dann im Februar 2017.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Schmidt. Als Nächstes ist Herr Kruse dran, Michael Kruse, und dann Herr Bill. Bitte, Herr Kruse.

Abg. Michael Kruse: Vielen Dank für das Wort, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne einmal gedanklich der Logik von Herrn Seeler folgen wollen, der ja gesagt hat, die Zeitschiene sei weise gewählt und ein Start des Verfahrens vor Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht wäre eine Provokation des Gerichts. Da kann ich ja nur sagen, der Teilnahmewettbewerb ist ja vor Beginn der Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht am 19. Dezember 2016 gestartet worden. Also, wenn ich das jetzt richtig zusammensetze, dann ist das also Ihrerseits eine Provokation des Gerichts gewesen. Oder das ist es eben nicht. Ich würde sagen, es ist keine Provokation des Gerichts. Und

dann stellt sich doch die Frage, warum ist das nicht so fertiggestellt worden, dass man dann am 9. Februar 2017 sofort in die nächste Stufe gehen kann. Das ist die erste Frage, die ... Ich habe jetzt verstanden, das Projektmanagement hat das entschieden. Es ist ja auch in meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage so beantwortet worden, dass Sie bei dieser Fragestellung zum Ablauf und zu den Details der Ausschreibung, Herr Senator, weder Sie noch Sie, Herr Bössinger, noch der Bürgermeister irgendwelche konkreten Einflüsse darauf nehmen, sondern dass Sie das alles für etwas Operatives halten, was das Projektmanagement machen sollte, und dass Sie darauf neben den allgemeinen Berichterstattungszyklen ... Ich glaube, die Formulierung in der Anfrage, die liest sich etwas anders, also "eine über die laufende Abstimmung hinausgehende formalisierte Entscheidungsbefassung von Senator und Staatsrat mit diesem Thema war nicht erforderlich, da es sich hierbei um ein operatives Geschäft der HPA handelt."

Das ist in Bezug auf eben genau die Fragestellung des Zeitpunktes, wann der Teilnahmewettbewerb beginnt. Und ich finde, eine Sache ist damit ja klar gesagt: Ganz offensichtlich lassen Sie sich darüber zwar vom Projektmanagement etwas erzählen, aber konkrete Einflussnahme und konkrete Entscheidungen treffen Sie in diesem Bereich gar nicht. Und das wundert mich sehr offen gesprochen, denn über fünf, bald sechs Jahre haben wir gehört, sowohl von Bürgermeister Olaf Scholz als auch von Wirtschaftssenator Frank Horch, dass dieses Projekt Chefsache – wir haben es gerade auch noch einmal aus der SPD-Fraktion gehört –, dass dieses Projekt das wichtigste unserer Generation sei. Dem stimmen wir als FDP-Fraktion vollkommen zu. Nur dann frage ich mich, warum Sie in konkrete Entscheidungen und der Start eines Ausschreibungsverfahrens, zumindest des Teilnahmewettbewerbs, also der ersten Stufe, dass Sie dazu nicht befasst sind, Herr Senator ... Da bleibt einem wirklich die Spucke weg, denn Sie schieben das hier komplett in die Verantwortung der Geschäftsführung der HPA und das wundert mich. Denn die HPA liefert ja in dieser Fragestellung im Wesentlichen zu. Die HPA ist ja nicht diejenige, die das Verfahren hier führt. Das ist ja die BWVI. Und deswegen wundert es mich sehr, wie Sie hier die Fragen beantwortet haben. An der Vorabfassung des Dokuments kann man auch sehen, dass darin herumgeschrieben wurde. Das erspare ich Ihnen jetzt. Das ist ganz spannend.

Ich halte einmal fest, Sie haben offensichtlich in die Detailfragestellung dieser Ausschreibung ... Damit sind Sie überhaupt nicht befasst. Zumindest antworten Sie das hier. Deswegen verstehe ich nicht, wie Sie vor diesem Hintergrund noch sagen können, dass dieses Projekt denn ach so wichtig sei oder dass es denn Chefsache sei. Die Antworten auf Ihre Anfrage, die lesen sich ganz anders.

Herr Horch, Sie haben in Ihren einführenden Worten zwei interessante Dinge gesagt. Zum einen, man müsse ein waches Auge auf die Kostenentwicklung des Projekts haben. Da kann ich Ihnen natürlich nur zustimmen. Und die Versuche all derjenigen, die die Kosten dieses Projekts künstlich in die Höhe treiben, die sind ja zum Teil dann eben auch schon sichtbar geworden und auch schädlich natürlich für den Steuerzahler. Mich würde dann einmal interessieren, wie ist die aktuelle Kostenermittlung für die Fahrrinnenanpassung in Ihrem HPA-Haushalt. Damit müssten Sie sich ja auf der Aufsichtsratssitzung auch befasst haben. Da würde ich gerne wissen, wie ist der Stand aktuelle Kostenermittlung für die Maßnahme Fahrrinnenanpassung. Das ist die erste konkrete Frage.

Und die zweite: Sie haben sehr viel über die Schlickunterbringung auch in Ihren einführenden Worten gesagt, Herr Horch. Was bedeutet denn das konkret? Sie haben gesagt, Schlickunterbringung, das müsse man alles bedenken und so weiter. Was hat es denn da eigentlich in den letzten Monaten oder Jahren für Erkenntnisse gegeben, dass Sie darauf in Ihren einführenden Worten noch einmal so deutlich eingegangen sind. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Senator, Sie haben das Wort.

Senator Frank Horch: Ich würde gerne bezüglich der Ausschreibung, zu der wir eigentlich schon viel vonseiten Herrn Meiers, von meiner Seite, von Herrn Bösingers Seite gesagt haben ... Wenn vielleicht Herr Dr. Aschermann noch einmal eben auch den juristischen Hintergrund kurz bezüglich der Vorgehensweise auch vielleicht mit Blick auf gewisse zeitliche Abläufe, die auch mit einem Urteil in Verbindung sind, wenn Sie da noch einmal versuchen könnten, Herr Dr. Aschermann, etwas verständige Hinweise zu geben, dass unsere jetzige Vorgehensweise – ich will das einmal so einfordern von meiner Seite – der richtige Vorgang ist eben in so einem Verfahren und dann auch nach so einem Verfahren die Schritte entsprechend effizient in Erledigung der Dinge auf den Weg zu bringen ...

Herr Dr. Hans Aschermann: Ja, das will ich gerne tun. Ich komme noch einmal zurück auf die Frage von Herrn Kruse, ob es eine reine Angelegenheit, eine reine operative Ausführungsangelegenheit der HPA ist oder es nicht doch eine Abstimmung gibt mit der zuständigen Behörde in dieser Angelegenheit. Natürlich sprechen die Behörde und die HPA und übrigens auch der Bund in regelmäßig wiederkehrenden Gesprächen über die Frage, wie können wir sicherstellen, dass im Falle eines positiven Urteils erste Tiefgangsverbesserungen auf schnellste Art und Weise hergestellt werden können. Und es ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, dass Hamburg hier keine Ausschreibung machen kann, ohne dass es dabei auf den Bund angewiesen ist und sich mit dem Bund synchronisieren muss. Natürlich versucht Hamburg auch auf den Bund Einfluss zu nehmen dahingehend, dass der Bund nicht ohne spezielle Berücksichtigung speziell hamburgischer Interessen seine Ausführungsplanung zu machen, etwa nur nach Kosten, nach Aspekten der Kosten oder nach Aspekten der Zweckmäßigkeit.

Vor diesem Hintergrund meine ich, dass die Ausschreibung, wie sie jetzt angeleiert worden ist und wie sie demnächst auch weitergehen wird nach dem 9. Februar 2017, dass es schon zweckmäßig ist im Hinblick auf die hier schon mehrfach beschriebenen Ziele. Und nun bin ich nicht in allen Gesprächen eingebunden, aber ich weiß zum Beispiel, dass es regelmäßig wiederkehrende Projektgruppensitzungen gibt, auf denen auch die Behördenleitung vertreten ist, auf denen auch Fragen der Ausschreibungsplanung und der anschließenden Umsetzung dieses Bauprojekts routinemäßig erörtert werden. – Danke schön.

Senator Frank Horch: Wenn ich das Wort noch einmal zurücknehme bezüglich Ihrer Frage, Herr Kruse ... Sie haben ja positiv angemerkt, dass ich gesagt habe, auch bei solch mündlichen Anhörungen und immer wieder der Klagende und der Beklagte natürlich immer in die Enge getrieben wird und wir schon mit vielen Beteiligten, die ja auch zum Teil von uns weit entfernt sind, wie eben Gutachter, wie Biologen und alle, die da gefragt werden, und auch das Bundesamt für Wasserwirtschaft und und und ... Das sind ja nicht meine Mitarbeiter. Also, von der Seite her bedarf es auch da immer einer feinen Steuerung. Und in meinem Beispiel – wir sind ja öffentlich, aber vielleicht sind wir auch nicht mehr so öffentlich mit dem Beispiel, das ich da Süderelbe gesagt habe –, das ist ja ein von der Sache her immer wieder diskutierter Hintergrund. Es ist nur ein Beispiel. Es ist nicht aktuell gewesen, aber mit den vielen baulichen Maßnahmen und den sogenannten Unterwasserbauwerken, den Unterwasserablagerungen, die wir ja auch in dieser Gesamtheit, was das Tidemanagement, was die Strömungsgeschwindigkeiten angeht ... Das sind also hydrologisch, morphologisch völlige Neulandbereiche, die wir betreten. Und da aufgrund der Klagenden müssen wir vorsichtig sein, um tatsächlich hier zu Aussagen zu finden, weil es dann auch wieder Auswirkungen hat in den Baggereien, wann wir baggern dürfen, mit welchen Geräten wir baggern dürfen.

Auch das sind entscheidende Dinge, bei denen sehr schnell eben auch uns Auflagen auferlegt werden können eben mit einem Hopperbagger oder mit Injektionsverfahren. Das geht auch da in sehr viele Einzelheiten hinein und deswegen erläutere ich das noch einmal so, weil es immer wieder die Komplexität beschreibt und wir uns immer wieder mit diesem ja einfachen Hintergrund, was Baggerei angeht ... Das ist aber nicht nur jetzt ein Gerät, das da auf die Reise geschickt wird, sondern jetzt auch entlang der ganzen Elbe und gerade in so einem Ästuargebiet wie eben auch der Medemrinne, wo ja diese Maßnahmen stattfinden, wo wiederum auch entsprechende Ausgleichsmaßnahmen erfolgen müssen aufgrund von Fauna-Flora-Habitat und Finte und Schierling-Wasserfenchel. Sie kennen alle diese Begrifflichkeiten, die sich an bestimmten Stellen immer wiederfinden.

Und ich erläutere das noch einmal, weil das natürlich auch in der gegenwärtigen Phase zum aktuellen Kostenstand ... Wir haben Hunderte von Kostenständen, in denen wir seitens des Bundes, der ja immer zwei Drittel zu verantworten hat, und ein Drittel liegt bei uns, immer wieder Anpassungen vornehmen, aber es ist jetzt auch keine Aussage zu treffen heute hier, wo der aktuelle Kostenstand ist, zumal wir auch abwarten müssen, was am 9. Februar 2017 verkündet wird, wo ja sicherlich nicht nur gesagt wird, wir machen keine weiteren Auflagen, um noch einmal hier nüchtern zu nennen, wie die Dinge sind ... Also, es wird mit Sicherheit ... Auch aufgrund des Fragenkataloges für uns das eine oder andere gerade auch in Kohärenzen zu Veränderungen ist es ein standardisiertes Verfahren, ist es jetzt ein spezielles auf die Elbe oder korreliert es auch noch wieder mit Verfahren, die mit dem Mühlenberger Loch zu tun haben. Da greifen viele Dinge ineinander. Deswegen können wir hier – und das wäre auch unseriös zur Kostensituation dieses Gesamtvorhabens – nichts sagen. Da bedarf es jetzt wirklich einer Entscheidung und dass wir gemessen an den Maßnahmen, die uns noch auferlegt werden, dieses nennen.

Ich weiß nicht, ob Herr Meier noch einmal einen bestimmten Rahmen an der einen oder anderen Stelle nennen will. Ich will mich ja hier nicht scheuen. Nur in der Gesamtheit ist die Kostenseite hier, ebenso wie wir ja jetzt versucht haben, hier die Dinge darzustellen, im zeitlichen Ablauf abzuwarten nach der Entscheidung am 9. Februar 2017. Herr Meier.

Herr Jens Meier: Nur Ergänzungen. Der Senator hat ja fast komplett alles gesagt. Ich habe intern bei uns den Auftrag vergeben, dass eben mit Beschluss am 9. Februar 2017 dann die Kosten angepasst werden, dass sie mit dem Wirtschaftsplan mit einer gegebenenfalls notwendigen Wirtschaftsplanänderung dann in der April-Aufsichtsratssitzung im HPA-Aufsichtsrat dann eingestellt werden. Bis dahin gelten die alten Pläne. Das heißt, wir haben jetzt auch keine Bauzeitinsen, die man jetzt schon ermitteln könnte, dadurch dass wir ins nächste Jahr gegangen sind, eingestellt, sondern wir wollen das jetzt in einem nächsten Schritt in der April-Aufsichtsratssitzung machen.

Vorsitzender: Vielen Dank. Ich habe jetzt nur noch Herrn Bill auf der Liste. Bitte, Sie sind dran.

Abg. Martin Bill: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Dass wir in der Koalition anderer Meinung sind hinsichtlich der Fahrrinnenanpassung, haben wir sogar Schwarz auf Weiß im Koalitionsvertrag geschrieben. Insofern will ich das jetzt auch inhaltlich gar nicht weiter ausführen.

Was ich sehr interessant finde, ist, was links und rechts und vor und nach der Verhandlung alles so spekuliert, vermutet und geurteilt wurde. Wer sich einmal mit dem Umweltrecht befasst hat, der wird sehr schnell merken, wie komplex das ganze Rechtsgebiet ist, wie viele verschiedene Rechtsnormen von Bund und Europa da zusammenspielen, und wird auch sehr schnell merken, dass dieses gesamte Recht noch sehr im Fluss ist, also auch noch teilweise Entscheidungen anstehen, die keine Judikatur bisher haben, also wo wirklich neue

Judikatur geschaffen wird, wo es auch noch darum geht, Rechtsprobleme zu diskutieren. Insofern, finde ich, verbietet sich vorab ein Urteil, wie gut oder schlecht eine Seite bei so einer Verhandlung vorbereitet war. Da wurde zweieinhalb Tage intensiv auf juristisch höchstem Niveau diskutiert. Es ist klar, dass Kläger immer etwas in der Vorhand sind, weil sie selbst noch einmal bestimmen, welche Themen sie prioritär vortragen. Und die Beklagten müssen immer vorab überlegen, was könnte noch wie vorgetragen werden, um sich schon einmal dort Antworten vorzubereiten.

Ich finde, in einem Rechtsstaat ist es gut und gebietet es sich, die Entscheidung des Gerichts abzuwarten und vorab keine Fakten zu schaffen, die vielleicht so ein bisschen schon eine Entscheidung präjudizieren sollen. Es gebietet sich auch aus dem Grundsatz der sparsamen Verwendung der Steuermittel, jetzt nicht schon Entscheidungen zu treffen, von denen man weiß oder absehen kann, dass eventuell das Gericht derartige Entscheidungen am Ende obsolet macht.

Was richtig ist, ist, sich jetzt schon eine Entscheidung zu machen, wie man mit dem Urteil am 9. Februar 2017 umgehen wird, um dann vorbereitet zu sein und das einzuarbeiten, was da eventuell noch an Auflagen kommt. Ich finde, die ganze Diskussion, Herr Niedmers, Verbandsklagerecht und so, verschieben wir einmal schön auf den Bundestagswahlkampf, wenn Sie das zum Thema der Bundestagswahl machen wollen. Und ansonsten empfehle ich das, was ich meinen Mandanten auch empfehle: die Spannung auszuhalten und das Urteil abzuwarten. – Vielen Dank.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Bill. Eine konkrete Frage an den Senat habe ich jetzt daraus nicht abhören können. Möchte der Senat trotzdem dazu Stellung nehmen?

Senator Frank Horch: Nein, ich habe dem nichts hinzuzufügen, weil ja auch bestimmte Bereiche – ich will es noch einmal betonen, weil das gar nicht oft genug gesagt werden kann, was diese Fauna-Flora-Habitat, was auch tatsächlich den Schutz von Arten und Gewässern angeht – eine Komplexität ausmacht.

Und noch einmal: Diese 31 Fragen. Ich kann nur jedem einmal raten, sich die Fragen durchzulesen. Da hat man schon Mühe zu lesen, was dort steht, und geschweige denn, die Antwort dafür zu finden. Also, damit wird noch einmal zum Ausdruck gegeben, auf welchem intellektuellem wissenschaftlichem Gebiet wir uns hier bewegen. Und deswegen ist es noch einmal richtig, auch tatsächlich die Gesamthintergründe zu erkennen, um die es hier in der Auslegung, was Umweltrichtlinien angeht und dann aber auch unmittelbar – da sind wir dann wieder auch in der Bewirtschaftung und eben auch in der Verantwortung, die wir wieder haben – so einen Fluss als naturgegebenen Ablauf auch in Zukunft zu bewirtschaften ... Denn das ist ja – das merken wir jetzt schon mit dem Hamburger Hafen – keine ganz kleine Herausforderung, die immer wieder man sich vor Augen führen muss.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Herr Michael Kruse.

Abg. Michael Kruse: Vielen Dank. Ich habe jetzt zweimal sowohl von der SPD als auch von den GRÜNEN hier im Ausschuss gehört, dass man möglichst keine Fakten schaffen soll, aber es ist ja ein Verfahren begonnen worden. Und dieses Verfahren ist begonnen worden zu einem Zeitpunkt, wo man nicht wusste, dass am 9. Februar 2017 dann eine Urteilsverkündung erfolgen sollte. Das heißt, man hatte Anfang Dezember 2016, als man das eingeleitet hat, den gleichen Wissensstand wie im Sommer 2016. Deswegen ist diese Frage relevant und deswegen ist auch die Argumentation, dass man ja möglichst erst im zeitlichen Zusammenhang mit der Verhandlung begonnen hat, die ist nicht schlüssig aus unserer Sicht. Aber ich möchte es damit jetzt hier bewenden lassen.

Mich würde noch einmal interessieren ... Aus den Worten von Herrn Meier habe ich entnommen, dass der Wirtschaftsplan der HPA nicht angepasst worden sei bezüglich der Kosten für das Projekt Fahrrinnenanpassung. Also ist der aktuelle Kostenstand 218,5 Millionen Euro. Ja, sie nicken.

(Senator Frank Horch: Noch nicht angepasst.)

Okay, dann habe ich das verstanden, ist es noch nicht angepasst, aber Sie wissen offensichtlich schon, dass Sie ihn anpassen müssen. Beziehungsweise, wenn das Gericht weitere Auflagen hat, das ist klar, es liegt nicht in Ihrer Hand, dass Sie es dafür anpassen müssen, aber Ihr Haushaltsplan passt ja jährlich die Zahlen an. Und meistens weiß man dann ja schon, ob es im letzten Jahr, ob eine Anpassung notwendig geworden wäre. Und mich würde interessieren, ob Sie da sozusagen jetzt keine Notwendigkeit gesehen haben für das letzte Jahr, die Zahlen anzupassen, oder ob Sie sagen, na ja, die Anpassung, die nehmen wir gleich mit, wenn wir wissen, was auch noch am 9. Februar 2017 entschieden wurde. Und wenn das Zweite der Fall ist – auch da nicken Sie, Herr Meier –, dann würde ich gerne wissen, wie hoch ist denn der Teil der Kostensteigerung, den Sie sozusagen im letzten Jahr ermittelt haben. Das wäre die erste Frage.

Dann haben Sie in meiner Frage 9 in meiner Anfrage geantwortet, der Bauablauf des Projekts sei im Grundsatz nicht geändert worden und Anpassungen würden kontinuierlich vorgenommen. Das ist natürlich eine sehr weiche Formulierung. Da kennt man dann die Details, die dahinterstecken, nicht. Ich hätte auch Verständnis dafür, wenn Sie die jetzt nicht alle unterbringen würden, aber ich würde gerne darum bitten, dass Sie vielleicht die Bauänderungen, die in den letzten sechs Monaten vorgenommen worden sind, dass Sie uns die vielleicht zu Protokoll einfach einmal zur Verfügung stellen.

Dann habe ich Ihnen Ausführungen weiterhin entnommen, dass Sie offensichtlich planen, mit der sogenannten Begegnungsbox zu beginnen, weil, die Fragestellung der Begegnungsverkehre ist ja eine, auf die insbesondere die Reeder, also die Kunden des Hafens, immer wieder auch zu sprechen kommen und wo sie sich auch die Entlastung wünschen. Die Entlastung durch die Begegnungsbox, die tritt ja im Wesentlichen dadurch ein, dass man dann eben in der gleichen Phase zwei Schiffe herein- beziehungsweise hinausbringen kann und man natürlich dadurch eine spürbare Entlastung des Bottlenecks Elbe haben würde. Deswegen würde mich noch einmal ganz konkret interessieren: Beginnen Sie jetzt mit der Begegnungsbox am 9. Februar 2017, wie das eigentlich jetzt so die letzten Jahre auch der aktuelle Stand war? Kann damit dann gleich am 9. Februar 2017 begonnen werden? Wenn nein, wann kann damit begonnen werden und wie ist die Planung zu dieser konkreten Maßnahme? – Vielen Dank.

Vorsitzender: Herr Senator.

Senator Frank Horch: Zu der Kostenfrage, was den Wirtschaftsplan angeht, haben wir, hat Herr Meier eben gesagt, noch nicht angepasst. Auf der anderen Seite ... Als Kaufleute – Herr Kruse, machen wir uns nichts vor – mit jedem Tag, mit allen Verfahren und Ergänzungen, es wird sicherlich nicht günstiger werden, bei aller Effizienz, die ich auch heute mehrfach beschrieben habe. Aber es sind eben mehr Fragezeichen in bestimmten Punkten da, als dass wir da eben konkrete Ableitungen daraus ziehen können, wie die Kosten sind, aber wenn sich die Strukturen da zeigen, ist das natürlich eine Voraussetzung. Wenn Sie den standardisierten Vorgang nehmen der Kostensteigerung per annum und aus normalen Gesichtspunkten, was eben Steigerungsraten angeht, wie wir es auch an vielen anderen Stellen unter der Prämisse kostenstabiles Bauen durchführen, das ist natürlich standardisiert zu machen, bringt uns aber in diesem Verfahren bei den Auswirkungen und den Grundsätzlichkeiten nicht weiter, sondern wir müssen uns hier schon an den Inhalten

orientieren. Und die Inhalte sind einfach, wie wir es jetzt mehrfach festgestellt haben, noch nicht so genau zu definieren.

Zu dem Ablauf bei der Box haben Sie im Moment ein bisschen eine falsche Sichtweise. Da würde ich Herrn Meier gerne noch einmal das Wort geben, wie wir beginnen und was wir am 9. Februar 2017 machen oder nicht. Herr Meier.

Herr Jens Meier: Vielen Dank, Herr Senator. Interessanterweise kommt das immer wieder auf, das Thema, weil das Thema Begegnungsverkehre und Begegnungsbox – ich will da auch niemandem, der sonst immer darüber spricht, da Mutwilligkeit unterstellen –, das scheint mir ein Riesenmissverständnis zu sein.

Wir wollen zunächst die Begegnungsbreite ausweiten, und zwar – das hat Herr Dr. Böisinger vorhin schon ausgeführt –, da sind wir auch auf die enge Kooperation und Zusammenarbeit mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung angewiesen, weil, diese Begegnungsbreitenerweiterung findet ja nicht auf Hamburger Gelände statt, sondern nur zu einem kleinen und zum wesentlich geringeren Teil. Und deswegen müssen wir uns da abstimmen, wann die entsprechenden Unterwasserablagerungsstellen des Bundes fertiggestellt sind. Das hat etwas mit nationalem und europäischem Ausschreibungsrecht zu tun, aber da sind wir in guter Abstimmung. Und da hat sich auch in dem ganzen Ablauf nichts verändert.

Also, es geht eben zunächst darum, die Ablagerstelle, die entsprechende, vorzubereiten und dann eine Verbreiterung auf 320 Meter herzustellen am Bereich und dann irgendwann – und darauf kamen Sie eben zu sprechen – ganz am Ende, wenn man nach den Verbreiterungen entlang der Elbe eben um diese 20 Meter, erst dann auf Tiefe zu gehen, und dann zum Abschluss die sogenannte Begegnungsbox, die Sie angesprochen haben, dann zu erstellen. Das ist der Ablauf. Da hat sich auch nichts daran geändert. Ich habe jetzt wesentliche Teile, technische Teile wie Dükerverbindungen, die notwendig sind für Radarsysteme, habe ich jetzt einmal weggelassen. Da sind auch natürlich viele Details am Ende noch zu betrachten.

Aber wichtig ist noch einmal für alle: Wir werden erst die Breite aufweiten, aber nicht in der Begegnungsbox, sondern die Begegnungsbreite wird zunächst um 20 Meter erweitert. Das hat etwas mit schnellen Erfolgen zu tun. Und dann wird man auf Tiefe gehen und dann wird zum Abschluss die Begegnungsbox – das ist dann 385 Meter Breite – erzeugt, von der Sie gesprochen haben.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Meier. Eine kurze Nachfrage von Herrn Kruse noch einmal.

Abg. Michael Kruse: Also, das ist ja aber dann doch schon ein neuer Sachstand, denn nach meinem Kenntnisstand ... Und das haben Sie ja, Herr Meier, vorhin gesagt, dass es eine schnelle Entlastung geben soll für die Kunden des Hamburger Hafens. Und diese schnelle Entlastung besteht ja genau darin, dass man diese Begegnungsbox einrichtet, wenn wir über die Breite reden. Tiefe, klar, das ist dann das zweite Thema, aber bei der Breite geht es ja schon um die Begegnungsbox.

Und Sie haben jetzt aber gesagt, dass es nie geplant gewesen sei und dass es diesbezüglich auch keine Änderungen gegeben habe in den Unterlagen. Habe ich Sie da richtig verstanden? Denn nach meinem Kenntnisstand ist es die Begegnungsbox, die als Erstes gemacht werden sollte. Das ist sehr häufig berichtet worden. Es ist auch nie dementiert worden. Also, es ist nicht so, dass wir nicht bisher davon ausgehen konnten – das ist öffentlicher Wissensstand –, dass die Begegnungsbox das ist, was die Reeder fordern, dass das die schnelle Entlastungswirkung erzielt und dass diese schnelle Entlastungswirkung eigentlich ganz am Beginn gemacht werden sollte. Ich sag 'mal, eigentlich ab dem 10. Februar 2017. Und jetzt stellen Sie das hier so dar, dass die

Begegnungsbox erst ganz am Ende realisiert werden soll. Das ist für mich persönlich ein neuer Informationsstand. Und deswegen möchte ich noch einmal explizit nachfragen: Haben Sie diesbezüglich nie einen anderen Bauverlauf gehabt? Ist das nie Planung gewesen? Haben all diejenigen, die es vielleicht auch presseseitig aufgeschnappt haben, haben die alle gepennt oder haben die es alle nie verstanden? Oder wie ist da die Situation? Wie ist da Ihre Einschätzung?

Vorsitzender: Herr Meier bitte.

Herr Jens Meier: Ja, Sie haben es in der Tat richtig kommentiert. Ich habe es ganz eingangs gesagt, dass es ursprünglich einmal einen anderen Plan gab, als man erst auf Tiefe gehen wollte. Aber der Abstimmungsplan und der Abstimmungsverlauf, auch in enger Zusammenarbeit mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, sind immer wieder falsch zitiert worden von Menschen, die sich mit diesem Projekt eben nicht so eingehend beschäftigt haben. Und die haben Begegnungsbreite mit Begegnungsbox in der Begrifflichkeit immer wieder durcheinandergebracht. Also dieser Bauablauf und Abstimmungsverlauf ist ein Plan, der schon ganz, ganz lange genau so besteht. Und das Einzige, was wir im Hintergrund im Moment machen – was wir aber auch noch nicht öffentlich kommentieren wollen, und das werden wir auch erst machen, wenn wir alle Erkenntnisse haben mit Beschluss –, ist, wie man gegebenenfalls dann am Ende, wenn es los geht, noch einmal alle Kraft darauf ansetzt, diesen Bauablauf vielleicht zeitlich mit sportlichem Ehrgeiz noch weiter optimieren. Also um diesen Erfolg aus Sicht des Hamburger Hafens aus Gründen des Hamburger Hafens für die Redereien in erster Linie, noch weiter zu optimieren. Da haben wir auch schon erste Gespräche geführt, aber die sind, sage ich einmal, noch im Fluss. Und da sind wir auch noch, und ich persönlich bin da sehr zuversichtlich, dass wir da auch noch, wenn wir denn endlich loslegen dürfen, hoffentlich bald, dass wir da noch weiter optimieren. Aber da gab es keine Änderungen.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Meier. Ich habe jetzt Herrn Baumann auf der Liste als letzten Redner. Bitte sehr.

Abg. Dr. Bernd Baumann: Ja, zum Schluss noch einmal die Frage, nachdem wir jetzt die ganzen Komplexitäten auch erörtert haben und die Schwierigkeiten, Herr Senator, Sie haben eben auch warnend auf die Kosten des Verfahrens immer hingewiesen, was so einen kleinen Skeptizismus irgendwie reinbrachte in der Gesamtbeurteilung des Verfahrens, wie es jetzt ist. Wenn ich das noch einmal versuche als einfaches Ausschussmitglied auch mit einfachen Worten, noch einmal auf den Punkt zu bringen, wie das Verfahren im Moment aussieht, was eine realistische Einschätzung ist, dann ist im Grunde schon zu erwarten, dass es zu zielführenden Elbvertiefungen kommen kann, dass es durchgeführt werden kann, dass aber die Auflagen durch EU-Wasserrichtlinie, Flora-Fauna-Habitat und so weiter, diese ganze Komplexität letztendlich so hoch werden kann, dass die Sache doch noch kippen kann und über diese Schiene eben kippen kann. Habe ich das richtig verstanden insgesamt?

Senator Frank Horch: Nicht in der Grundsätzlichkeit. Sie haben es so weit richtig verstanden, deswegen wollte ich das auch hier, gerade vor diesem Kreis, noch einmal deutlich machen, dass wir es hier mit weiten Bereichen des Naturschutzes zu tun haben. Und dass wir auch in so einer Verhandlung – und jeder, der einmal Verhandlungen geführt hat, weiß, wenn man da als Beklagter in die Enge getrieben wird, dann will man auch weiterkommen und will auch irgendwo möglichst eine gute Antwort geben – deswegen habe ich noch einmal deutlich gemacht, dass wir uns eben auch nach der sogenannten Preisliste immer wieder orientieren mussten, dass wir uns hier nicht selbst Fesseln anlegen, die nachher nicht zu verantworten sind. Dann würden wir nämlich wieder hier sitzen in einem Ausmaß der Kosten und der Bewirtschaftung dieser Elbe und den Maßnahmen, die dort sind.

Ich gehe nicht davon aus, das zeigt auch die mündliche Verhandlung, dass wir hier mit den Entscheidungen, das habe ich auch in meinem Eingangsstatement gesagt, dass hier noch einmal wieder Entscheidungen getroffen werden, dass noch eine Runde zum Europäischen Gerichtshof durchgeführt wird. Das will keiner, das kann auch keiner. Und nach den Beratungen mit hochqualifizierten Juristen, die ich geführt habe, ist davon nicht auszugehen.

Wovon ich ausgehe, ist eben – aber ich will nicht hier Annahmen in den Raum stellen –, das ist eben bei gewissen Fragen der Kohärenzen, auch was ist es für eine Kohärenz. Ist es eine neue? Ist es eine standardisierte? Ist es schon eine zum Teil eingeführte an verschiedenen Gebieten, wo wir ja Ausgleichsflächen geschaffen haben? Da kann etwas passieren. Aber auf Ihre Frage konkret. Es wird nicht so ausgehen, dass wir tatsächlich hier an den Wirtschaftlichkeiten gemessen, Fesseln auferlegt bekommen, dass wir das Ganze als ad absurdum führen. Und deshalb erlauben Sie mir, das muss ich einfach mit einem Maß als Beobachter des ganzen Vorgangs über viele Jahre, zehn Jahre, und jetzt auch als Beobachter der Prozesse vor Ort, davon ausgehen, dass hier, auch wenn es, wie ich gesagt habe, nicht die vornehmliche Aufgabe eines Bundesverwaltungsgerichts ist, hier volkswirtschaftliche Entscheidungen herbeizuführen. Aber das haben andere getan, das hat der Europäische Gerichtshof, das hat die Bundesregierung, das haben unsere Nachbarländer. Wir haben hier an vielen Stellen eine Bestätigung bekommen, dass der volkswirtschaftliche Hintergrund weit über Hamburg hinaus von überragender Bedeutung ist. Und das ist auch die nicht nur Hoffnung, sondern die Tatsache, dass wir in Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie in Verschlechterungsgraden, zumal wir da am Anfang gesagt haben, es ist eine Verschlechterung – das ist ein entscheidender Satz, den hat man an der Weser nicht gesagt – wir haben aber gesagt, wir haben es mit einer Verschlechterung zu tun, aber in der Auslegung und in der Bewertung ist dieses eben auch anerkannt. Und dann wieder auch, wenn man eben Verschlechterungsgrade nimmt in den einzelnen Skalen von eins bis sechs, dass wir hier nicht Verschlechterungen haben, die über das Maß der Gesamtinteressenlage eines solchen Bewirtschaftungsgebietes, wie die Elbe, hinausgehen. Und deshalb bin ich da sicher, wir bekommen Auflagen, aber wir bekommen Auflagen in einem Maße, mit denen wir leben können.

Vorsitzender: Vielen Dank, Herr Senator. Vielen Dank, Herr Baumann. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zum Schluss. Ich stelle dann fest, dass der Ausschuss davon Kenntnis genommen hat. Doch noch? Dann ... Ich habe eigentlich ja schon abgeschlossen, aber allerletzte Frage. Komm, dann darfst du noch einmal. Du bist dran. Danke.

Abg. Michael Kruse: Ich wollte gar nichts mehr nachfragen an den Senat, sondern ich wollte vorschlagen, dass wir den Tagesordnungspunkt offen halten als Selbstbefassung, weil wir ja nach dem 9. Februar 2017 durchaus auch noch weitere Fragen dazu haben könnten, weil auch die Begleitung dieses Projekts – wir hoffen ja, zumindest wir hier von der FDP-Fraktion hoffen natürlich, dass es am 9. Februar 2017 dann auch losgehen kann – und dass wir es dann weiterhin auch als Ausschuss begleiten, sollte doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Deswegen würde ich das gern im Namen der FDP-Fraktion vorschlagen.

Vorsitzender: Die FDP hat vorgeschlagen. Herr Hansjörg Schmidt, Sie sind dran.

Abg. Hansjörg Schmidt: Also die Selbstbefassung heißt, der Verlauf des Gerichtsverfahrens jetzt im Dezember. Insofern würde ich es vorschlagen, dass wir das jetzt abschließen. Aber es ist selbstverständlich, dass, wenn wir dann ein Gerichtsurteil haben, wie auch immer es dann ausgeht, dass wir dann hier darüber im Ausschuss diskutieren werden. Also, ich meine, die Dimension dieser Geschichte ist so groß, es wird ja garantiert auch irgendeine Mitteilung in irgendeiner Form vom Senat dazu geben, denke ich einmal.

Abg. Michael Kruse: Okay. Überzeugt. Dann benennen wir das Thema das nächste Mal ein bisschen anders. Okay.

Vorsitzender: Damit einverstanden soweit? Gut. Dann schließen wir es ab. Wie gesagt, wir haben davon Kenntnis genommen und es geht dann ein entsprechender Bericht an die Bürgerschaft. So.

Zu TOP 6

Es bestand kein Beratungsbedarf.

F.d.R.

gez. Frauke Bai